

3. Amerika und die Demokratie¹

3.1 Die Amerikanische Revolution und die Demokratie: Paine versus Adams

Die Amerikanische Revolution wurde von mehreren britischen Dekreten in den amerikanischen Kolonien ausgelöst. Denn die englischen Beschlüsse, die über die Köpfe der Siedler*innen hinweg verabschiedet worden waren, wurden in Amerika als Gefährdung eigener wirtschaftlicher Interessen interpretiert.

Eine *Proclamation* im Jahr 1763 verbot etwa jeden Landkauf und jede Niederlassung westlich des Appalachen-Kamms, was besonders große Landgesellschaften und die Kolonien Virginia, North und South Carolina, Georgia sowie New York als Schaden für sich sahen und als illegitime Beschränkung, da diese bereits stark in dem Territorium engagiert waren. 1764 beschnitt der *Currency Act* den Gebrauch von Geldnoten, die essenziell für die Wirtschaft in den Kolonien waren. Der im selben Jahr folgende *Sugar Act* erhob hohe Schutzzölle auf viele ausländische Produkte. Als Steigerung wurde der *Stamp Act* 1765 verstanden. Dieser erhob eine Steuer auf nahezu jedes Papier in den Kolonien. Das verursachte mehrere gewalttätige Proteste, wobei etwa die Häuser von einigen britischen Beamten zerstört wurden. Als Konsequenz bestärkte das englische *parliament* 1766 mit dem *Declaratory Act* seine Kompetenz, in allen Bereichen für die Kolonien legislativ agieren zu dürfen. Im Rahmen der Krise um diese Akte kamen die rhetorischen Muster auf, welche die Revolution prägen sollten. So argumentierte etwa Richard Henry Lee für das Naturrecht als das moralische Recht der Menschen auf Freiheit und Gleichheit, wohingegen Edward Lutledge und Joseph Galloway in britischer Rechtstradition die juristischen Rechte des freien Engländers für die Siedler verteidigten. Viele Naturrechtstheoretiker betonten die Unveränderlichkeit dieser Rechte, da sie sich von der Natur oder Gott ableiten würden, was dem Historismus des staatspolitischen Arguments der Rechtstradition des freien Engländers zuwiderlief. Obgleich beide Rechtskonzepte im Widerspruch zueinanderstehen, bildete sich realiter eine lockesche

1 Teile dieses Kapitels basieren auf meiner unveröffentlichten Masterarbeit: Dingeldey, Philip: Der doppelte Wandel der Demokratie in Amerika (unveröffentlicht, Masterarbeit). Goethe-Universität Frankfurt a.M. und Technische Universität Darmstadt 2017.

und tugendrepublikanische Semantik heraus, deren Ziele negative Schutzrechte und politische Beteiligung waren. Politische Delegierte und die publizistische Öffentlichkeit prägten damit in der Summe einen philosophischen Eklektizismus, der konzeptuell widersprüchlich sein mag, aber auf ein mittelfristig ähnliches politisches Ziel hinauslief. Eine Vielzahl an Traktaten, Pamphleten und Kommentaren, die die britische Amerikapolitik diskutierten, schufen eine gedruckte Form der Öffentlichkeit und animierten so das politische Leben. Diese Foren und Plattformen der Öffentlichkeit generierten besonders ein Empfinden der Einigkeit der Bevölkerung. Denn einerseits waren etwa die kreolischen Eliten von ihrem Stolz zur Zugehörigkeit zum britischen Weltreich geprägt, aber hatten andererseits ein Gefühl der Eigenständigkeit entwickelt. Hinzu kam das einigende Interesse gegen englische Eingriffe.² Es folgten 1767 die *Townshend Duties*: Diese waren Abgaben, die der britische *Chancellor* Charles Townshend auf Glas, Tee, Papier und andere importierte Güter und Stoffe in die Kolonien erhob. Die Siedler reagierten mit ökonomischen Boykotten, die 1770 in Massachusetts zum *Boston Massacre* führten.³

Im Frühjahr 1773 schlossen sich in Virginia einige amerikanische Abgeordnete zu einem Korrespondenzausschuss zusammen, damit sich die Kolonien darüber verständigen konnten, wie sie auf die britischen Ansprüche reagieren sollten. Im Laufe der Revolution hatten die Komitees, die in nahezu allen Kolonien gewählt wurden, dann exekutive Aufgaben inne. Dies zeigt, dass die Kolonien, die zunächst ihre Rechte als repräsentierte Engländer schützen wollten, sich gegen die Krone assoziierten, was die Bildung eines eigenen Gemeinwesens vorantrieb. Darüber hinaus wehrten sich im Dezember desselben Jahres etwa 100 als Ureinwohner verkleidete Siedler in Boston gegen den *Tea Act* von 1773. Aus Protest gegen die Monopolisierung der *British East India Tea Company* und die hohe Teesteuer kippten die Beteiligten 342 Kisten Tee in den Hafen (*Boston Tea Party*) und forderten politische Repräsentation im Parlament – entgegen den willkürlichen und bevormundenden Akten Großbritanniens. Die bekannte Parole lautete: *No taxation without representation!* Hierbei zeigt sich, dass zunächst das Interesse der Siedler weniger die Bildung unabhängiger Republiken, sondern primär ökonomischer Natur war und sie zudem im britischen Regierungssystem genauso repräsentiert werden wollten wie andere Engländer. Damit begann die Revolution, die auf dem Bestreben nach Repräsentation und bald der teilweisen Ablehnung einer, als korrupt angesehenen Monarchie basierte. Das wurde in zahlreichen Publikationen kommuniziert, womit ein Anstieg einer emanzipatorischen Rhetorik zu verzeichnen war. So schrieb etwa Benjamin Franklin, dass die Schiffe der englischen Regierung voll seien, mit »generally strangers to the provinces they are sent to govern, have no estate, natural connection, or relation there to give them an affection for the country [...] they only come to make money as fast as they can.«⁴ Damit verdeutlicht er, dass die *Gouverneurs* als Repräsentan-

2 Gestärkt wurde dieses Gefühl der Unität durch diverse Verschwörungstheorien der Whigs gegen Torsys und die Krone, um irrationale Beschlüsse und Obskures zu erklären.

3 Vgl. Hochgeschwender, Michael: Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Nation, 1763-1815, München 2017, S. 121-144.

4 Zit. Franklin, Benjamin: Writings of Benjamin Franklin, hg. von Smyth, Albert H., New York 1905, Bd. 5, S. 83.

ten durch ihre geographische Entfernung nicht die Interessen der Siedler kennen oder beachten würden. Verstärkt wird dies, da den Beamten die Gemeinwohlorientierung fehle, weil die Motivation ihres Handels der eigene Profit sei. Hier zeigt sich eine republikanische Kritik an einer als egoistisch klassifizierten politischen Elite, orientiert an klassischer Tugend sowie räumlicher und soziokultureller Nähe von Regierenden und Regierten. England reagierte 1774 mit verschiedenen *Coercive Acts* gegen die Rebellen.⁵

Daher kamen auf Wunsch von Massachusetts im September Delegationen zu einem Kongress nach Philadelphia, dem *Continental Congress*, um das weitere gemeinsame Handeln zu beraten. Die dort anwesenden 55 Delegierten verabschiedeten neben einer Grundsatzerklärung, die die Rechte auf Leben, Freiheit und Besitz verbriefen sollte, die Empfehlung, sich einem gegen England gerichteten Handelsboykott anzuschließen.⁶ Das übergab den Beteiligten große Verantwortungen, was manche als den ersten Aufschwung eines demokratischen Moments betrachten, insofern sich überhaupt amerikanische Siedler selbst politisch organisierten. Es zeigt sich an diesem Prozess jedoch, dass die Revolution aus einem kolonialen Widerstand hervorging, der vor allem von Kaufleuten, Anwälten und Sklavenhaltern dominiert wurde, die nicht dem Adel angehörten, aber wohlhabend genug waren, um die Wahrung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen fürchteten und zunächst nicht die Neugründung einer unabhängigen Republik explizierten. Paradoxe Weise wurde so eine breite Oligarchie aus Protorepublikanern gebildet.⁷

Bis 1775 kollabierte schließlich die Autorität der Krone. Es bildeten sich Whig-Komitees, die alte personelle Verbindungen zu Großbritannien und seinen amerikanischen Loyalisten kappen wollten, um die Unabhängigkeit als radikalen Schritt zu vollziehen.⁸ Im Juni und Juli 1776 folgte der endgültige Bruch: mit der *Virginia Bill of Rights* und der *Declaration of Independence* des *Continental Congress*, vor allem verfasst von Thomas Jefferson. Letzterer verschriftlichte die Trennung der Kolonien von England. Beide Dokumente beinhalten ein demokratisches Potenzial. So erklärte sich Amerika nicht nur für unabhängig, wodurch sich die Autoren internationale Unterstützung erhofften, sondern sie verbrieften auch Naturrechte und die politische Autonomie der amerikanischen Siedlungen. Einerseits ist die Unabhängigkeitserklärung völkerrechtlich verfasst. Andererseits wurden dadurch keine neuen Institutionen erschaffen. Es blieb zunächst bei den Entitäten von 13 Kolonien, die sich jeweils für souverän erklärten.⁹ Man kann

-
- 5 Vgl. Shalhope, Robert E.: *The Roots of Democracy. American Thought and Culture, 1760-1800* (= *American Thought and Culture*, Bd. 2), London et al. 1990, S. 27-39; Bailyn: *The Ideological Origins of the American Constitution*, S. 102f./117-120. Etwa wurde der Bostoner Hafen geschlossen, und die politische Macht in Massachusetts wurde neuorganisiert, wobei die Kompetenzen der lokalen Volksversammlungen reduziert und die des königlich ernannten Gouverneurs erhöht wurde.
 - 6 Vgl. Bajohr: *Kleine Geschichte des demokratischen Zeitalters*, S. 69-74; Nicolaisen, Peter: *Thomas Jefferson*, Reinbeck bei Hamburg 1995, S. 30-34; Schröder, Hans-Christoph: *Die Amerikanische Revolution. Eine Einführung*, München 1982, S. 42-47/108-111.
 - 7 Vgl. Jennings, Francis: *The Creation of America. Through Revolution to Empire*, Cambridge et al. 2000, S. 87-93/160.
 - 8 Vgl. Wood, Gordon S.: *The Radicalism of the American Revolution*, New York 1993, S. 213-215.
 - 9 Vgl. Armitage, David: *The Declaration of Independence and International Law*, in: *The William and Mary Quarterly*, 1(59/2002), S. 39-64, hier: S. 42f.; Howard, Dick: *The Birth of American Political*

den Beteuerungen einer freiheitlichen und egalitären Republik ein demokratisches Potenzial attestieren, da die Normen der Gleichheit und der Partizipation gegeben sind. Jedoch zeigt sich in den Bekundungen nicht, wie diese Werte konkretisiert werden sollten.

Parallel haben viele Publizisten und Revolutionäre wie James Otis ein politisches System propagiert, in dem die Regierenden die Regierten seien und damit in klassischer Manier die Demokratie definiert. Viele kamen aber zum Schluss, dass dies nur in Stadtstaaten funktionierte. Die Selbstregierung der ursprünglichen (hier meist als *pure* titulierten) Demokratie sei nicht auf große Gesellschaften wie die amerikanischen Staaten übertragbar. Damit waren ein Grundproblem der »modernen Demokratie« und der Notbehelf der Repräsentation beschrieben.¹⁰ Vom versammlungsdemokratischen Prinzip, das in den *townhall meetings* in New England und Rhode Island (das sich bereits 1647 selbst *democratic* nannte) auf kommunaler Basis religiös wie legislativ praktiziert wurde¹¹, wurde nun abgesehen, da es sich nicht auf die sich formenden Einzelstaaten anwenden ließe. Dennoch war für einige Akteure die *Demokratie* positiv bewertet. Denn sie sahen ihre reine Form nicht als schlecht, sondern als unrealisierbar an. Etwa lobte ein anonymes Pamphlet 1776 die demokratische Gleichheit Athens. Die Ablehnung der direkten Demokratie aus Gründen der Pragmatik ist eine andere Rechtfertigung der Repräsentation als eine prinzipielle normative Verneinung demokratischer Ideale. Aus der ersten Begründung der Repräsentation, die an sich demokratische Normen schätzt, folgen weniger hierarchische Formen der Repräsentation als aus der normativen Ablehnung der Demokratie. Denn bei Ersterem ist die Annäherung an partizipatorische Elemente in der Politik zumindest nicht unerwünscht. Zudem bezogen sich zeitgenössische Texte auf antike Analogien, aber auch auf das Denken von John Locke und Charles de Montesquieu.¹² Die Idee individueller privater Rechte und eines moralisch neutralen Staates stammen von Locke, und die Prinzipien der freien Selbstregierung im Öffentlichen und der moralischen Kultivierung der Bürger stammen vom klassischen Republikanismus. Dies führte auch zur politiktheoretischen Adaption der britischen Repräsentation, mit der Kombination der Idee einer republikanischen Mischverfassung mit monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen. Dabei stellte die ideologische Basis des repräsentativen Notbehelfs einer Selbstregierung die Idee eines partizipierenden Volkes dar.¹³

Thought, 1763-87, übersetzt von Curtis, David Ames, Minneapolis 1989, S. 60-62; Saage: Demokratietheorien, S. 101f.

10 Vgl. Morgan, Edmund S.: *The Challenging of the American Revolution*, New York 1976, S. 186f./195.

11 Vgl. zu den *townhall meetings*: Beeman, Richard R.: *Deference, Republicanism, and the Emerge of Popular Politics in Eighteenth-Century America*, in: *The William and Mary Quarterly*, 3(49/1992), S. 401-430, hier: S. 419-425.

12 Vgl. Anonymous: *The People the Best Governors: Or a Plan of Government Funded on the Just Principles of Natural Freedom*, in: Hyneman, Charles/Lutz, Donald (Hg.): *American Political Writing during the Founding Era, 1760-1805*, Bd. 1, Indianapolis 1983, S. 391-400, hier: S. 397; Roberts: *Athens on Trial*, S. 179f.; Shalhope: *The Roots of Democracy*, S. 39-41; Wood: *Democracy and the American Revolution*, S. 92-92.

13 Vgl. West, Thomas G.: *The Political Theory of the American Founding. Natural Rights, Public Policy, and the Moral Conditions of Freedom*, Cambridge 2017, S. 44-50; Sandel, Michael: *Democracy's*

In diesem revolutionären Kontext der Loslösung von England publizierte Thomas Paine das Pamphlet *Common Sense*, zunächst anonym im Januar 1776. Dabei referierte er bekannte revolutionäre Positionen. Jedoch, so Eric Foner, hatte niemand zuvor derart radikal die englische Krone kritisiert, indem die Trennung von Amerika und Großbritannien, die republikanischen Prinzipien, die Ablehnung der Monarchie sowie das ökonomische Selbstinteresse der Siedler argumentativ und stilistisch kombiniert wurden.¹⁴ Paine, ein gebürtiger Engländer, brach mit der britischen Tradition, da eine neue Regierung nicht nach einem korrupten System modelliert sein sollte, weshalb es eine antimonarchische, repräsentative Regierung sein sollte. John Adams kritisierte, dass Paines Ideen unoriginell und eine Zusammenfassung bekannter Whigpositionen waren. Adams, der erst als Autor von *Common Sense* vermutet wurde, widersprach Paines Republiktheorie: mit der Antwortschrift *Thoughts on Government*, die im Frühling 1776 publiziert wurde. Paine favorisiert, so Adams, ignorant demokratische Parteien aus Pennsylvania.¹⁵ Gerade Paines Pamphlet kann als Pars pro Toto für die radikal-republikanische Ideologie zu Zeiten der Amerikanischen Revolution gelten und bietet sich für eine Untersuchung an: *Erstens* wegen der breiten Rezeption der Schrift in der amerikanischen Öffentlichkeit, in der nicht nur 150 000 Exemplare dieses ersten amerikanischen Bestsellers verbreitet wurden (was alleine wenig über die tatsächliche Wirkmächtigkeit aussagen mag), sondern die Argumente auch in Antwortpamphleten diskutiert wurden; *zweitens*, da Paine kein isolierter Radikaler war, sondern in der politischen Philosophie der Aufklärung verortet werden kann – und mit einem Anspruch auf Allgemeinverständlichkeit vertrat er starke, deutlich formulierte Normen –; und *drittens* beinhaltet *Common Sense* eine radikale und verdichtete Form der Forderung nach der antimonarchistischen Unabhängigkeit und Gründung einer demokratischen Republik. Seine herausragende Stellung für den zeitgenössischen egalitären Republikanismus macht die Untersuchung für die Phase der Revolution lohnend und exemplarisch darstellbar. Dadurch wurde *Common Sense* ein entscheidendes Element der amerikanischen Gedächtniskultur, ein ideologisches Gründungsdokument, dessen Inhalte und Formulierungen Robert A. Ferguson einen zeitlosen Geist attestiert.¹⁶ Die einfache Sprache, die möglichst viele Leser*innen erreichen sollte, zeigt eine egalitäre Whigideologie, die eine dementsprechend große rhetorische Wirkung hatte. Mit *Common Sense* war für ein breites Publikum die Frage aufgeworfen, ob eine Republik ein modernes

Discontent, Cambridge 1996, S. 4-7/24; Kramnick, Isaak: Republicanism and Bourgeois Radicalism. Political Ideology in Late Eighteenth-Century England and America, Ithaca 1990, S. 35.

- 14 Vgl. Foner, Eric: Tom Paine's Republic: Radical Ideology and Social Change, in: Young, Alfred F. (Hg.): The American Revolution. Explorations in the History of American Radicalism, DaKalb 1977, S. 187-232, hier: S. 198-201.
- 15 Vgl. auch Foner: Tom Paine and Revolutionary America, S. 74-82/122.
- 16 Vgl. Ferguson, Robert A.: The Commonalities of Common Sense, in: The William and Mary Quarterly, 3(57/2000), S. 465-504, hier: 465-469. So meint auch Jack Fruchtman Jr.: »*Common Sense* [...] was a sparkling commentary, and it was treasonous. It was also a call to global revolution, even it at first it addressed only the Americans.« (Zit. Fruchtman, Jack: The Political Philosophy of Thomas Paine, Baltimore 2009, S. 58 [Hervorhebung stammt aus dem Original. P. D.]); vgl. auch; Nelson, Craig: Thomas Paine, and the Making of »Common Sense«, in: New England Review, 3(27/2006), S. 228-250, hier: S. 236f.

politisches Projekt sein könnte.¹⁷ Dabei ist die Beziehung zwischen dem Schutz von Besitzrechten und dem Republikanismus als politisches Gemeinwesen sowie der Grad der Partizipation zu klären, wenn die Republik mit den Prinzipien der Souveränität, der Repräsentation sowie Freiheit und Gleichheit transformiert wird. Denn das Verhältnis zwischen Republikanismus und einem neuen protoliberalen Denken war für das politische Denken ein zentraler Punkt, der politische Konsequenzen hatte, indem sich die Idee der amerikanischen Republik hin zu einer »liberalen Demokratie« entwickeln würde. Das ist unter anderem dadurch bedingt, dass verschiedene Autoren klassischen politischen Konzepten neue Bedeutungen gaben, wodurch sich sukzessive fundamentale Unterschiede herausbildeten, etwa zwischen der klassischen und der sogenannten modernen Republik oder zwischen der klassischen und der sogenannten modernen Demokratie. Der Fokus auf Adams' *Thoughts on Government* ergibt sich daraus, dass es die prominenteste und pointierteste Antwort auf Paine aus Kreisen der moderaten Whigs ist.¹⁸ Dies zeigt eine Einigkeit der Whigs gegen die Monarchisten und eine terminologisch-konzeptuelle Befürwortung des Republikanismus, aber auch, in welchen für die Demokratie- und Republiktheorie relevanten Punkten Dissens herrschte.¹⁹

Daher wird die Debatte anhand der folgenden demokratietheoretisch relevanten Aspekte erläutert²⁰: einem emanzipatorischen Antikolonialismus, der Paines Ausgangspunkt für eine bürgerliche Freiheit und Gleichheit markiert, die Art der repräsentativen Republik, die in Fragen zur Gewaltenteilung und Überlegungen zur Spannung von Eigeninteresse und Bürgertugend münden. Dies sind die grundsätzlichen zeitgenössischen Diskussionspunkte in Bezug auf die Demokratie.

Joyce Appleby titulierte den oben skizzierten Transformationsprozess, der mit dem revolutionären Denken in Amerika einkehrt, als die »intellectual underpinnings of democracy«²¹. Das bedeutet, dass die Idee, hinter der vor allem Paine und Jefferson standen, eines auf breiterer Partizipation fußenden politischen Systems, die grundlegenden Anschauungen, wie eine Gemeinschaft organisiert sein sollte, transformierte. Dadurch wird die Demokratie zunächst implizit und vielleicht auch unbewusst aufgewertet sowie als Alternative zu hegemonialen Staatsformen interpretiert. Bezüglich der intellektuellen und ideologischen Hintergründe formieren sich ideengeschichtliche

-
- 17 Vgl. Hogan, Michael J./Williams, Glen: Republican Charisma and the American Revolution: The Textual Persona of Thomas Paine's *Common Sense*, in: *Quarterly Journal of Speech*, 1(86/2000), S. 1-18, hier: S. 3-6.
 - 18 Vgl. Ryerson, Richard A.: »Like a Hare before the Hunters«: John Adams and the Idea of Republican Monarchy, in: *Proceedings of the Massachusetts Historical Society*, (107/1995), S. 16-29, hier: S. 18; vgl. auch Kalyvas, Andreas/Katznelson, Ira: *Liberal Beginnings. Making a Republic for the Moderns*, Cambridge et al. 2008, S. 88-90.
 - 19 Vgl. Shalhope, Robert E.: Republicanism, in: Greene, Jack P./Pole, J. R. (Hg.): *A Companion to the American Revolution* (= Blackwell Companions to American History, Bd. 12), Malden/Oxford/Carlton 2004, S. 668-673, hier: S. 669-671.
 - 20 Es gab auch Widerspruch von Torsys gegen *Common Sense* mit Argumenten, die eine Loyalität zu England und der Monarchie empfahlen. Doch auf solche Quellen wird hier nicht eingegangen. Denn um den Wandel der Demokratie zu betrachten, ergibt es keinen Sinn, monarchistische Quellen zu untersuchen.
 - 21 Vgl. Appleby, Joyce: *The Intellectual Underpinnings of Democracy*, in *Daedalus*, 3(136/2007), S. 14-23, hier: S. 14f.

Forschungskontroversen, die allesamt republikanische Elemente wie Partizipation, Freiheit, Gleichheit und Bürgertugend betonten: So macht Bernard Bailyn die Ideologie zu seinem zentralen Konzept, um die historischen Ereignisse zu analysieren. Denn Ideen beeinflussen politische Aktionen und Sozialgefüge, aber werden auch von den realen Bedingungen geprägt. Gerade weil die britische Opposition in Amerika vage formulierte Ideen vertreten habe, hätte sich ein moderner Republikanismus herausbilden können²². Gordon S. Wood betont hierbei den Nexus von amerikanischem Patriotismus und britischen Republikanismus, die die Revolutionäre aus der Synthese von *rights of Englishmen* und dem Naturrecht gewinnen konnten²³. In einen größeren philosophiegeschichtlichen Kontext zieht J. G. A. Pocock eine Verbindung zwischen dem italienischen Renaissancerepublikanismus und den britischen Konzeptionen um James Harrington sowie den amerikanischen Revolutionären²⁴. Im Gegensatz zu Pockocks Kontinuitätsthese eines italoamerikanischen Republikanismus betont Wood das Ende des klassischen politischen Denkens in Amerika nach der Revolution, da Eigeninteressen (statt breiter republikanischer Tugend) maßgebend geworden seien.²⁵ Im Folgenden soll sich herausstellen, inwiefern eine republikanische Kontinuität gegeben ist, insofern zu klären ist, wie die Rolle der Demokratie in diesen Diskursen zu verorten ist.

3.1.1 Antikolonialistische Emanzipation

Den kleinsten gemeinsamen Nenner der Ablehnung von Adel und Monarchie greift Paine zu Beginn von *Common Sense* auf, wobei er zunächst nicht die amerikanisch-britischen Beziehungen thematisiert, sondern allgemein über die Prinzipien einer gerechten Regierung schreibt und vertragstheoretisch Regierung und Gesellschaft differenziert. Denn eine Gesellschaft würde sich durch einen übereinstimmenden Willen formen. Eine sich daraus als Vertrag ergebende Regierung würde als nötiges Übel Sicherheit schaffen, als Regulierung fungieren und könne gerecht oder repressiv agieren, weshalb die Kompetenzen beschränkt sein müssten. Die Stärke der Regierung und das Glück der Regierten müssten als gemeinsame Interessen gelten, um gerecht zu sein.²⁶ Mit dem individuellen Recht auf Glücksstreben und einer Limitierung der Staatsmacht ist ein negatives Freiheitsverständnis Paines impliziert. Damit ist das Ideal des Volunta-

22 Vgl. Bailyn: *The Ideological Origins of the American Revolution*.

23 Vgl. Wood, Gordon S.: *The Creation of the American Republic, 1776-1787*, Chapel Hill 1969.

24 Vgl. Pocock: *The Machiavellian Moment*.

25 Vgl. auch Appleby, Joyce: *Republicanism and Ideology*, in: *American Quarterly*, 4(37/1985), S. 461-473, hier: S. 462-469.

26 Vgl. Paine, Thomas: *The Political Works of Thomas Paine*, hg. von Blanchard, Calvin, Chicago/New York 1865, S. 7-9; Claeys, Gregory: *Thomas Paine. Social and Political Thought*, Boston et al. 1989, S. 42; Fruchtman Jr., Jack: *Common Sense*, in: Greene, Jack P./Pole, J. R. (Hg.): *A Companion to the American Revolution* (= *Blackwell Companions to American History*, Bd. 12), Malden/Oxford/Carlton 2004, S. 254-257, hier: S. 254.

rismus und der politischen Gleichheit formuliert, da es die gleichen sozialen Interessen sind, die nichthierarchisch ermittelt werden sollen.²⁷

Ein unabhängiges Amerika darf demzufolge nicht nach dem korruptierten Vorbild Großbritanniens modelliert werden. Es müsse eine Republik sein. Damit setzt Paine der Republik eine monarchische und aristokratische Tyrannei gegenüber. Dabei transformiert er die politische Sprache Amerikas, in der bislang der Republikbegriff eher gemieden wurde. So betont Cecilia Kenyon, dass vor 1776 nicht aristokratische und monarchische Elemente kritisiert wurden, sondern vielmehr das *House of Commons*, da die Steuerpolitik als parlamentarischer Akt und der Mangel an Repräsentation kritisiert wurden. Als aber die Entscheidung für die Unabhängigkeit getroffen war, war es undenkbar, dass sich 13 Kolonien auf einen Monarchen einigen würden. Befördert wurde der Antimonarchismus durch die republikanischen Normen Freiheit und Gleichheit, während die Kolonien vor der Emanzipation keine autonomen Republiken darstellten, aber partizipatorischer waren als Großbritannien. Vor 1776 dachten viele, die Regierungsziele Freiheit, Gerechtigkeit, Glückseligkeit und das öffentliche Wohl monarchisch erreichen zu können. Nach 1776 nahm die Zahl der Publikationen zu, die glaubten, solche Werte nur in einer Republik realisieren zu können. Daher wird der Republikanismus als antimonarchistisch, freiheitlich und egalitär interpretiert, was einen fundamentalen intellektuellen Wandel zeigt.²⁸ So bemerkt Wood:

»[N]othing could be more radical than this attempt to make every man independent. What was an ideal in the English-speaking world now became for Americans an ideological imperative. Suddenly, in the eyes of the revolutionaries, all the fine calibrations of rank and degrees of unfreedom of the traditional monarchical society became absurd and degrading. The Revolution became a full-scale assault on dependency.«²⁹

Aus der Unabhängigkeit und einem universellen Naturrecht folgt eine Morphologie aus *Monarchie*, *Republik* und *Demokratie*. Das Königtum wird als tyrannisch abgelehnt. Jedoch erwächst, so Wood, aus dem Fall des klassischen Republikanismus die »moderne Demokratie« mit ihren universellen Normen Freiheit und Gleichheit.³⁰ Sollte sich diese These als korrekt herausstellen, würde dies die erste Hauptthese einer positiven begrifflichen Aufwertung der Demokratie Ende des 18. Jahrhunderts plausibilisieren.³¹

Der radikalrepublikanische Antikolonialismus Paines negiert aristokratische und monarchische Elemente. Die Republik wird somit implizit mit der Demokratie gleich-

27 Vgl. Sheldon, Garrett W.: The Principal Trinity of Jefferson's Political Philosophy, in: Holowchak, M. Andrew (Hg.): Thomas Jefferson and Philosophy. Essays on the Philosophical Cast of Jefferson's Writings, Lanham et al. 2014, S. 1-14, hier: S. 4-9/12.

28 Vgl. Kenyon, Cecilia M.: Republicanism and Radicalism in the American Revolution: An Old-Fashioned Interpretation, in: The William and Mary Quarterly, 2(19/1962), S. 153-182, hier: S. 165-168/175f.

29 Zit. Wood: The Radicalism of the American Revolution, S. 179.

30 Vgl. Appleby, Joyce: The Radical Recreation of the American Republic, in: The William and Mary Quarterly, 4(51/1994), S. 679-683, hier: S. 679f.

31 Im Rahmen der zweiten Hauptthese wird jedoch die Terminologie Woods bezüglich des Wandels der Demokratie (vom klassischen Tugendrepublikanismus zur modernen »liberalen Demokratie«) nicht geteilt. Warum genau, ist noch zu zeigen.

gesetzt. Zur Monarchie und Aristokratie dagegen konstatiert Paine in einem vulgär-aggressiven Stil: »One of the strongest natural proofs of the folly of hereditary rights in kings is that nature disproves it, otherwise she would not so frequently turn into a ridicule, by giving mankind an *Ass for a lion*.«³² Selbst wenn man die Monarchie mit republikanischen Elementen kombinieren würde, bliebe sie eine aristokratische Despotie; die Konstruktion eines *king in parliament* sei illegitim, denn: »[T]he will of the king is as much the law of the land in Britain as in France, with this difference, that instead of proceeding directly from his mouth, it is handed to the people under the most formidable shape of an act of parliament.«³³ Die Monarchie wird verleumdet, indem Paine sie mit Attributen wie *foolish*, *wicked*, *dishonorable*, *inglorious* und *improper* versieht³⁴, wodurch er eine stilistische Polarisierung zu den postulierten Normen generiert. Die Monarchie wird mit Verweis auf die Natur und ihre Stabilisierungsgefährdung als unrepublikanisch abgelehnt, denn die Werte Freiheit (besonders Rede-, Presse- und Religionsfreiheit) und politisch-juridische Gleichheit lägen ihr fern. Paines Republikanismus basiert auf egalitären und freiheitlichen Prämissen, was eine Nähe zur Demokratie nahelegt.³⁵

So negiert Paine die nostalgischen Ideale einer englischen Mischverfassung als *balance of the constitution*, bleibt bei seiner aggressiven Konstitutionskritik, gemischt mit Ad-hominem-Argumenten gegen *king* George III. Der Autor fordert eine gleichmäßige Repräsentation des Volkes und negative Freiheitsrechte der Bürger. Verhandlungen mit Großbritannien seien – aufgrund der grundlegenden Differenzen – undenkbar und ein radikaler Bruch unvermeidlich: »The blood of the slain, the weeping of the voice of nature cries, *'tis time to part*.«³⁶ Die aggressive Rhetorik dient der emotionalen Stütze der Emanzipation. Die Angst vor einer Trennung von England rühre daher, dass Amerika auf die Freiheit insuffizient vorbereitet sei. Daher befürwortet Paine eine kontinentale Konferenz. *Liberty* wird die entscheidende Idee zur Erringung der Unabhängigkeit.³⁷

Wood klassifiziert Revolutionäre wie Paine als radikale Denker, da die paternalistischen Narrative, dass der König der Vater und Großbritannien die Mutter Amerikas sei, nicht mehr hingenommen werden. Mit dem emanzipatorischen Bestreben und der Kritik an der Monarchie werden eine politisch-juridische Gleichheit und eine egalitäre Freiheit der Bürger, in der eine neue öffentliche Ordnung der Selbstregierung die Monarchie ersetze, assoziiert. Gleichheit ist somit elementar für die Revolutionäre, da

32 Zit. Paine: *The Political Works*, S. 16 [Hervorhebung stammt aus dem Original, P. D.].

33 Zit. *Ibid.*, S. 23.

34 Vgl. *Ibid.*, S. 18.

35 Vgl: *Ibid.*, S. 12-20; Foner: *Tom Paine and Revolutionary America*, S. 75-78; Onuf, Peter S.: *Sovereignty*, in: Greene, Jack P./Pole, J. R. (Hg.): *A Companion to the American Revolution* (= *Blackwell Companions to American History*, Bd. 12), Malden/Oxford/Carlton 2004, S. 674-679, hier: S. 675f.; Hanson, Russel L.: »Commons« und »Commonwealth« at the American Founding: Democratic Republicanism as the New American Hybrid, in: Ball, Terence/Pocock John G. A. (Hg.): *Conceptual Change and the Constitution*, Lawrence 1988, S. 165-193, hier: S. 170f.

36 Zit. Paine: *The Political Works*, S. 24 [Hervorhebung stammt aus dem Original, P. D.].

37 Vgl. *Ibid.*, S. 20-34; Claeys: *Thomas Paine*, S. 43-45/54; Kalyvas/Katznelson: *Liberal Beginnings*, S. 94f.; McClellan, James: *A History of Western Political Thought*, London/New York 1996, S. 348-351; Jennings: *The Creation of America*, S. 164f./195-197.

sie die politische Bedeutung eines jeden unterstreicht, losgelöst von den Faktoren Geburt, Besitzes, Religion etc. So definiert Paine *the persons of the commons* demokratisch als das Material der neuen Republik.³⁸ Ähnlich radikal sieht auch Patrick Henry 1775 die republikanische Freiheit als klassische und antimonarchische Freiheit. Die Monarchie dagegen münde in Sklaverei. »Is life so dear, or peace so sweet, as to be purchased at the price of chains and slavery? [...] I know not what course others may take; but as for me, give me liberty or death!«³⁹ Somit ergibt sich ein fundamentaler (klassisch anmutender) Gegensatz aus Leben, Freiheit und Republik auf der einen Seite und Tod, Sklaverei und Monarchie auf der anderen Seite.⁴⁰

Insgesamt zieht Paine den Unabhängigkeitskampf auf eine Metaebene, indem er ihn als bedeutsam für die ganze Menschheit titulierte: »O! ye that love mankind! Ye that dare oppose not only tyranny but the tyrant, stand forth. Every spot of the old world is overrun with oppression. Freedom has been haunted round the globe.«⁴¹ Indem der Fall Amerikas eine Sache der Menschheit sei, wird die Revolution als Kampf gegen die globale Repression stilisiert und bekommt einen weltrevolutionären Anstrich. Daran zeigt sich, dass der Begriff der Revolution zur Erringung der Anspruchsrechte Freiheit, Gleichheit und Selbstregierung der entscheidende und universelle Terminus war.⁴² Das folgt einem universalistischen Anspruch der Naturrechte.

Denn Paine begründet Freiheit und Gleichheit mit dem Naturrecht: »MANKIND being originally equals in the order of creation the equality could only be destroyed by some subsequent circumstance.«⁴³ Die Gleichheit erhält mit dem Wunsch nach naturrechtlicher Unbestreitbarkeit einen normativen Charakter, denn Paine schreibt: »For all men being originally equals, no one by birth, could have a right to set up his own family, in perpetual preference to all others ever.«⁴⁴ Der Gleichheitsbegriff wird so um mehrere externe Elemente angereichert: die klare Kampfansage an Großbritannien und der einfache Stil, der durch seine Nähe zur gewöhnlichen, gesprochenen Sprache ein inkludierendes Element für die Leserschaft hat und somit möglichst viele politisch ermächtigen, informieren und mit einer aggressiven Rhetorik überzeugen will. Das ist ein demokratisch-integratives Bestreben.⁴⁵

Die neue amerikanische Republik solle kombiniert werden mit einer natürlichen Gleichheit und einer mal individualistischen, mal republikanischen Freiheit. Mit dem

38 Vgl. Paine: *The Political Works*, S. 10/22/28-30; Wood: *The Radicalism of the American Revolution*, S. 96f./165-170/187f./232-35.

39 Zit. Henry, Patrick: *Give Me Liberty or Give Me Death*, March 23, 1775, in: *The Avalon Project Online*, https://avalon.law.yale.edu/18th_century/patrick.asp (Abgerufen am 17.02.2022).

40 Vgl. Dijn: *Freedom*, S. 184f.

41 Zit. Paine: *The Political Works*, S. 34.

42 Vgl. Fruchtman: *The Political Philosophy of Thomas Paine*, S. 60-67; Foner: *Tom Paine and Revolutionary America*, S. 78.

43 Zit. Paine: *The Political Writings*, S. 12 [Hervorhebung stammt aus dem Original, P. D.].

44 Zit. *Ibid.*, S. 16 [Hervorhebung stammt aus dem Original, P. D.].

45 Vgl. Nelson: *Thomas Paine and the Making of »Common Sense«*, S. 237-239; Für eine breite Masse verständlich wird das Pamphlet, indem epigrammatische und leicht erinnerbare Sätze, Vulgarität, Emotionalität bis hin zur Demagogie verwendet werden.

Rekurs auf das Naturrecht sollte die Revolution und ihre demokratisch-republikanischen Prinzipien als ungesetzlicher Akt gegen das britische Gesetz auf einer rechtsphilosophischen Metaebene legitimiert werden.⁴⁶ Aus dem Postulat einer Gleichheit per selbstevidenter Natur werden rechtliche und moralische Argumente abgeleitet. Die egalitäre Rhetorik wird als emanzipatorisches Pathos in eine ungleiche Gesellschaft getragen, um die hierarchische mentale Basis der Landbevölkerung zu ändern.⁴⁷

Die, im 19. Jahrhundert von Benjamin Constant postulierte Differenzierung zwischen dem modernen Freiheitsbegriff als liberale Politikkonzeption der negativen Unabhängigkeit des Individuums und dem antiken Freiheitsverständnis als aktiv-positive Teilhabe an politischen Entscheidungen ist bei Paine, der Republik und individuelle Freiheit assoziiert, noch nicht vollzogen. Die Freiheit der Alten ist weiterhin präsent, aber die Freiheit der Modernen wird antizipiert. So bemerkt Gottfried Dietze zu den revolutionären Freiheitsbegriffen:

»[I]n spite of this fundamental recognition of the fact that the protection of the individual's life, liberty, and property was at least as important as popular participation in government, the relation between the two principles changed while the Articles [of the *Declaration of Independence*] were in operation.«⁴⁸

Während bei *Common Sense* noch positiv-kollektive und negativ-individualistische Freiheiten koexistieren, stelle die *Declaration* eine Zäsur dar, nach der der negative moderne Freiheitsbegriff überhandgenommen habe.

Aus dem Naturrecht resultiert auch der Gleichheitsbegriff als angeborene Gleichheit der Bedingungen und Möglichkeiten, was Paine um das Recht zur gleichen politischen Partizipation ergänzt. Die als angeboren postulierte Gleichheit ist kein automatisch republikanisches Ideal. Denn durch die politische Gleichheit und ihren universalistischen Anspruch wird der republikanische Gedanke einer Differenzierung zwischen den Wenigen und den Vielen obsolet. Die »klassenkämpferische« Komponente des Demos-Begriffs wird also zugunsten der geeinten Gesamtheit des Volkes vermieden. Der klassische Republikanismus fußte auf der Tradition einer politischen Ungleichheit der Menschen und der Fragilität der öffentlichen Ordnung, wobei die öffentliche Ordnung durch einen (ständischen) Ausgleich durch eine Mischverfassung erreicht werden könne. Der amerikanische Whig-Republikanismus baut aber auf einer prinzipiellen Gleichheit und Freiheit auf, deren Konsequenz der demokratische Gedanke ist, dass die Bürgerschaft politisch und privat für sich sorgen kann. Damit wird die Unterteilung in weise Staatsmänner und Menschen ohne politisches Talent zunächst obsolet. Dementsprechend lehnt Paine andere Unterschiede (etwa zwischen Mann und Frau) auf

46 Vgl. Palmer: Das Zeitalter der demokratischen Revolution, S. 215f.; Pocock, John G. A.: *State, Republics, and Empires: The American Founding in the Early Modern Perspective*, in: Ders./Ball, Terence (Hg.): *Conceptual Change and the Constitution*, Lawrence 1988, S. 55-77, hier: S. 58-61; Ferguson: *The Commonalities of Common Sense*, S. 478-487.

47 Vgl. Pole, J. R.: *The Pursuit of Equality in American History*, Berkeley/Los Angeles/London 1978, S. 13f./36-38; White, Morton: *The Philosophy of the American Revolution*, Oxford et al. 1978, S. 74-78/138-141; Helo: *Jefferson's conception of republican government*, S. 39 f.

48 Zit. Dietze: *The Federalist*, S. 60.

staatlicher Ebene ab.⁴⁹ Politisch folgt aus der naturrechtlichen Gleichheit für Paine der demokratische Gedanke der Selbstregierung.

Einen ähnlichen Duktus – obgleich keinen so ergreifenden simplen Stil – hat die *Declaration of Independence*. Die als selbstevident und heilig verstandene Wahrheit der angeborenen Gleichheit jedes Menschen wird formuliert. Dieses staatliche Dokument ist eine Kriegserklärung, ein rechtsgültiger Staatsakt, eine Propagandaschrift und ein Koalitionsangebot an europäische Staaten im Krieg gegen England, und es umgibt eine Aura der Wahrheitsgabe.⁵⁰ Der Bezug auf Lockes Idee, dass von Natur aus alle Menschen gleich seien, vermennt mit einer postulierten Selbstevidenz soll nahelegen, dass eine intuitive Vernunft die behauptete Tatsache von selbst erklärt. Gleiche Rechte und Vernunft sind aufklärerisch miteinander verbundene Prozesse, weshalb rechtliche Gleichheit und Freiheit für die Gründerväter keiner weiteren Erklärung bedürfen. Dies wird religiös aufgeladen, indem es heißt, alle Menschen »are created equal«. Es wird nur abgeschwächt, insofern die Autoren erklären, sie halten dieses Naturrecht für selbstevident.⁵¹ Dementsprechend würden die Verletzung von Ansprüchen wie Leben, Freiheit und das Streben nach Glück eine Separierung von England und die Gründung von freien und unabhängigen Staaten legitimieren, wobei diese unterschiedlichen Staaten hier als politisch unitär dargestellt werden, da von *one People* die Rede ist, was den Fokus auf den geeinten *demos* im Singular legt. Dieses Volk wird ebenso wie bei *Common Sense* der Gruppe der *our British brethren* gegenübergestellt, wobei Letztere als taub gegenüber der Stimme der Gerechtigkeit gekennzeichnet ist. Freie und unabhängige Staaten bedeuten damit, dass Republiken innerhalb des Völkerrechts agieren würden.⁵² Politisch handelt es sich bei der *Declaration of Independence* um ein revolutionäres und bahnbrechendes Dokument. Rechtsphilosophisch aber bringt die Unabhängigkeitserklärung nur wenig Neues. Konzeptuell ist sie im traditionellen Naturrechtsdenken zu lokalisieren. Gleichzeitig ist die Universalisierung von Rechten in einer Deklaration radikal. Selbst wenn die meisten *Founding Fathers* kein universelles Regierungskonzept entwerfen wollten, bot Amerika damit dem Rest der Welt seine revolutionären Prinzipien an, da diese explizit nicht auf Amerika begrenzt sind.⁵³

Anders als ihr Hauptautor Jefferson sehen viele der Unterzeichner zunächst keinen Widerspruch zwischen dem Naturrecht und traditionellen Gesellschaftsordnungen. Viele diskutierten den partizipatorischen Ton der *Declaration* kaum. Jefferson selbst

49 Vgl. Appleby: *The Intellectual Underpinnings of American Democracy*, S. 15f./20.

50 Vgl. Jayne, Allen: *Jefferson's Declaration of Independence*, Lexington 1998, S. 109-127; Bailyn: *The Ideological Origins of the American Revolution*, S. 184-189.

51 Vgl. Kelleter, Frank: *Amerikanische Aufklärung. Sprachen der Rationalität im Zeitalter der Revolution*, Paderborn et al. 2002, S. 463-466. Dabei droht aber diese realitätsformende Wirkung einer spezifischen Ansicht, formuliert im »we hold«, relativiert zu werden, im Angesicht der selbstevidenten, absoluten Wahrheit mit religiösem Impetus.

52 Vgl. Armitage, David: *The Declaration of Independence. A Global History*, Cambridge/London 2007, S. 26-38/53-61/67-83; ders.: *The Declaration of Independence and International Law*, S. 48/52-62; Fliegelman, Jay: *Declaring Independence. Jefferson, Natural Language, & the Culture of Performance*, Stanford 1993, S. 190-193; Mayer, David N.: *The Constitutional Thought of Thomas Jefferson* (= *Constitutionalism and Democracy*, Bd. 3), Charlottesville/London 1995, S. 76-78.

53 Vgl. Israel: *The Enlightenment That Failed*, S. 296-300.

betont umso mehr die gleichen Rechte und Freiheiten der Amerikaner – als Bestreben nach Autarkie und Autonomie. Die Freiheitserklärungen zielen auch auf die individuelle persönliche Freiheit des Bürgers gegenüber der Willkürherrschaft Englands. Jedoch übersehen Interpretatoren wie Phyllis Leffler⁵⁴ oft den politischen Ton des *one People* und, dass aus der Emanzipation des Individuums in der Semantik der *Declaration* und *Common Sense* der politische Bürger folgt. Die erklärten Rechte sind funktional weder nur auf eine demokratische oder republikanische Selbstherrschaft noch ausschließlich auf negative Schutzrechte des Individuums reduziert.⁵⁵ Gleichzeitig unterscheidet sich der amerikanische Gleichheitsbegriff vom attisch-demokratischen. Für *Common Sense* und die *Declaration* ist Gleichheit universell angeboren und umfasst die gleiche politische Partizipation, Chancengleichheit und private Rechtsgleichheit. Die Gleichheit gilt in der klassischen Demokratie aber nur in der jeweiligen räumlich begrenzten *polis* und auch nicht im *oikos*.⁵⁶ So schießt die Idee des Naturrechts über die Idee des attischen Bürgerrechts hinaus. Freiheit und Gleichheit haben (wie in Athen) nicht nur die Konnotation auf das gleiche Recht zur Partizipation, sondern auch den Schutz vor dem Staat im Privaten.⁵⁷ Unter der *republic* sind demokratische Normen mit negativen Schutzrechten subsumiert.⁵⁸

-
- 54 Vgl. Leffler, Phyllis K.: Jeffersons Vermächtnis in der modernen Welt, in: Wasser, Hartmut (Hg.): Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität. Zum 250. Geburtstag des »Weisen von Monticello«, Paderborn et al. 1995, S. 69–86, hier: S. 76f.
- 55 Vgl. Heun, Werner: Die politische Vorstellungswelt Thomas Jeffersons, in: Wasser, Hartmut (Hg.): Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität. Zum 250. Geburtstag des »Weisen von Monticello«, Paderborn et al. 1995, S. 87–108, hier: S. 88–93/98; Appleby, Joyce: Die fortwirkenden Spannungen in der Jeffersonschen Tradition, übersetzt von Hipp, Rüdiger, in: Wasser, Hartmut (Hg.): Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität. Zum 250. Geburtstag des »Weisen von Monticello«, Paderborn et al. 1995, S. 51–68, hier: S. 54–60.
- 56 Vgl. auch Ostwald, Martin: Shares and Rights: »Citizenship« Greek Style and American Style, in: Ober, Josiah/Hedrick, Charles (Hg.): *Dēmokratia. A Conversation on Democracies, Ancient and Modern*, Princeton 1996, S. 49–62, hier: S. 52–57.
- 57 Vgl. Arendt: Über die Revolution, S. 180–189.
- 58 Denkt man die Formulierung, dass der Mensch per Natur die gleichen Rechte hat, zu Ende, ist dieser Rechtsbegriff weitreichender als jedes antike Konzept, da Freiheit und Gleichheit auch für Frauen gelten müssten und die Sklaverei abgeschafft werden müsste; und das gilt universell – einen Schritt, den viele Gründerväter aber realiter nicht gingen. Jedoch gibt es bereits in der Phase der 1770er Pamphlete, die die Abschaffung der Sklaverei fordern, gilt doch die politische Freiheit weiterhin als deren Gegenteil. Wird Freiheit universell und egalitär interpretiert, ist die Abschaffung der Sklaverei eine logisch zwingende Schlussfolgerung, wenn Sklaven als Menschen anerkannt werden, was konsequent gedacht in der Demokratie enden müsste: als freie und gleiche Partizipation möglichst aller. Ein Beispiel für die zeitgenössische Kritik der Sklaverei in den 1770ern ist: A Constant Customer: Extract of a Letter from a Gentleman in the Country to His Friend, in: Hyne-man, Charles S./Lutz, Donald S. (Hg.): *American Political Writing during the Founding Era, 1760–1805*, Bd. 1, Indianapolis 1983, S. 183f.; vgl. auch Ellis, Richard: Rival Visions of Equality in American Political Culture, in: *The Review of Politics*, 2(54/1992), S. 253–280, hier: S. 254–261; Wasser, Helmut: Zwischen Herrschaft und Menschenrecht: Thomas Jefferson und das amerikanische Dilemma, in: Ders. (Hg.): Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität. Zum 250. Geburtstag des »Weisen von Monticello«, Paderborn et al. 1995, S. 173–201, hier: S. 180–188; Dijn: Freedom, S. 197f. Aber Forrest McDonald folgert, dass dieses Naturrecht nicht universell ausgelegt wurde, sondern nur weiße Männer betraf. Die Sprache der *Declaration*, die die Rechte aller Einwohner ver-

Als theoretische Basis teilt auch Adams in seinem Antwortpamphlet *Thoughts on Government* Paines terminologische Prämissen und Normen, bestreitet sie jedoch in ihren Konkretisierungen. So soll *liberty* das Fundament der neuen unabhängigen, nichtmonarchischen Regierung sein. Schnell wird der Autor deutlich darin, dass Freiheit und Glück die politische Gemeinschaft formen sollten, als Ziel, das sich am besten mit einer republikanischen Regierung, deren Macht limitiert sei, realisieren lasse, indem sie geteilt und ausbalanciert werde: in einer repräsentativen, verantwortungsvoll agierenden Republik, um weder in Anarchie noch in Tyrannei zu versinken. Und weniger offensiv als Paine betont er ein gleiches politisches Partizipationsrecht der Bürger als demokratisches Element.⁵⁹

Sein Gleichheitsbegriff weist Kongruenzen mit Paines auf, unterstreicht aber eher formale Rechte, was für ihn auf eine von Tugend regierte Republik hinausläuft. Adams fürchtet allzu demokratisierende Elemente. Aus dem Fokus auf die juristische Gleichheit folgt für ihn die Freiheit der Person von politischer Despotie. Dabei basiert sein Gleichheitsbegriff auf dem Naturrecht, da es sich um unveräußerliche Rechte handle, was selbst den geringsten Menschen zukäme. Die vermeintlich niederen Subjekte werden in seinen Briefen aber summiert unter abwertende Worte wie *multitude*, *millions*, *populace*, *vulgar* oder *mob*. Obgleich Adams sich selbst als ihnen persönlich verbunden beschreibt, folgt daraus ein sprachliches Misstrauen vor egalitärer Partizipation und eine Abneigung gegenüber dem »gemeinen Volk«. Die gleiche natürliche, aber im Vergleich zu Paine reduzierte Basis bestehe aus gleichen Leidenschaften, einem moralischen Gefühl und gegenseitiger Sympathie. Jede Distinktion gilt vielen Revolutionären als suspekt, weshalb Adams natürliche Ungleichheiten nicht betont. Politisch folgt bei ihm daraus die gleiche Repräsentation jedes Bürgers und Landes. Dabei sei ein Staat eher an die Rationalität als an die Bürgerschaft gebunden und solle die Sicherheit als negative Freiheit der Bevölkerung schaffen.⁶⁰

Die Prämissen zu Freiheit und Gleichheit sind somit bei Adams ähnlich wie bei Paine. Sie basieren auf dem Naturrecht und dem Streben nach Glück, aber die Konkretisierungen von Adams sind weniger radikal, beziehen sich primär auf negative Freiheiten, haben weniger Pathos bezüglich der politischen Partizipation und sind in der Gleichheit auf die gleichen Interessen der Menschheit kondensiert, die damit gleiche Rechte hätten, wobei statt von egalitärer Teilhabe eher von gleicher Repräsentation gesprochen wird. Trotz teils differierender Freiheits- und Gleichheitsansätze ergibt sich aus solchen Pamphleten und der *Declaration of Independence* vor allem ein Sieg des Konzepts des Naturrechts gegen das der *rights of Englishmen* und einer Freiheit, die anti-

kündet, ist aber unmissverständlich in ihrer generalisierenden Sprache, so Thomas G. West. (Vgl. Reid, John P.: *Constitutional History of the American Revolution. The Authority of Rights*, Madison 1986, S. 90-92; McDonald, Forrest: *Novus Ordo Seclorum. The Intellectual Origins of the Constitution*, Lawrence 1985, S. 52-54; West: *The Political Theory of the American Founding*, S. 60-72.)

59 Vgl. Adams, John: *The Political Writings of John Adams*, hg. von Prek Jr., George A., Indianapolis/Cambridge 2003, S. 85f.; Rossiter, Clinton: *The Political Thought of the American Revolution*, New York 1963, S. 154/196f.

60 Vgl. Adams: *The Political Writings*, S. 85f/90f.; Wood: *The Creation of the American Republic*, S. 170-172.; Ders.: *The Radicalism of the American Revolution*, S. 237-240.

monarchisch als physisch, moralisch und politisch definiert wird.⁶¹ Paine ist radikaler und partizipatorischer; seine Position ist verbreiteter mit seinem Pamphlet, das ikonisch und utopisch wirkt. Denn zum einen attackiert und erschüttert Paine traditionelle Normen und Konzepte – wie die Monarchie und die Ungleichheit des Menschen. Zum anderen ist er von einem tiefen Optimismus geprägt, demzufolge die Menschheit sich selbst regieren könne, angereichert durch utopische Versionen einer neuen demokratischen Republik, gepaart mit einem idealistischen Fortschrittsnarrativ.⁶² Adams dagegen hat es in Massachusetts noch mit Torsys zu tun und sieht darin eine lauernde verschwörerische Gefahr gegen den Republikanismus und ist mit Konflikten in der Kolonie konfrontiert, die es auszubalancieren gilt, wo Paine in Pennsylvania seinen egalitären und freiheitlichen Utopismus pflegen kann.⁶³ Doch die Garantie einer negativen Freiheit und einer rechtlichen Gleichheit führt nicht automatisch zur Demokratie. Und einige zeitgenössische Amerikaner sind sozialphilosophisch gesehen bereits begeisterte Kapitalisten, andere sind Antikapitalisten, manche fokussieren kommunale Gemeinschaften, andere gesellschaftliche Hierarchien, während wiederum andere eine soziale Homogenität präferieren, um eine politische Gleichheit zu erreichen. Parallel entwickeln sich somit in den revolutionären Jahren eine Idealisierung vormoderner republikanischer Werte und die Transformation der wachsenden Gesellschaft mit frühkapitalistischen Verhaltensweisen. Diese ideologischen Spannungen werden maßgebend bleiben. Dementsprechend werden die abstrakten republikanischen Werte Freiheit und Gleichheit, die für Einigkeit unter den Amerikanern sorgten, institutionell und sozial unterschiedlich ausbuchstabiert.⁶⁴

3.1.2 Eine repräsentative Republik

1775 bricht in Amerika ein Verfassungsstreit aus, der die internen Aporien der revolutionären Gruppen illustriert. Auf der einen Seite stehen Radikale (wie Paine), die eine breite Partizipation der männlichen Bevölkerung intendieren. Auf der anderen Seite stehen Moderate (wie Adams), die die politische Herrschaft an Eigentum und/oder Tugend, Weisheit und Selbstbeherrschung der Elite binden wollen, summiert unter dem Schlagwort *public good*. Für die Radikalen klingt das moderate Modell nach virtueller Repräsentation. So stellten sie dem *public good* das *common good* der *common men* und einen optimistischen Glauben an die Vernunft entgegen. Während in der virtuellen Repräsentation das angeblich allgemeine Interesse von jedem Repräsentanten vertreten werden soll, unabhängig vom eigentlich überflüssigen Wahlakt und den Einzelinteressen, wird die sogenannte wirkliche (deskriptive oder mimetische) Repräsentation durch

-
- 61 Vgl. Wood, Gordon S.: Rhetoric and Reality in the American Revolution, in: The William and Mary Quarterly, 1(23/1966), S. 3-32, hier: S. 5-10; Onuf, Peter S.: From Colony to Territory: Changing Concepts of Statehood in Revolutionary America, in: Political Science Quarterly, 3(97/1982), S. 447-459, hier: S. 449-453.
 - 62 Vgl. Jendrysik, Mark: Tom Paine: Utopian?, in: Utopian Studies, 2(18/2007), S. 139-157, hier: 140-143.
 - 63 Vgl. Peterson, Merrill D.: Adams and Jefferson: A Revolutionary Dialogue, in: The Wilson Quarterly, 1(1/1976), S. 108-125, hier: S. 114f.
 - 64 Vgl. Shalhope: The Roots of Democracy, S. 50f.; Howard: The Birth of American Political Thought, S. 16-19. Mischungen mögen theoretisch inkonsistent sein, sind aber historisch unvermeidlich.

die direkte Wahl proportional gemessen: an der Zahl der Stimmen und der Population eines Staates. Der Repräsentant ist der Bürgerschaft verpflichtet. Beide konkurrierenden Gruppen verstehen sich als Republikaner und forcieren ein repräsentatives System, in welchem die Macht der Repräsentanten begrenzt ist. So ist das Prinzip der Volkssouveränität in der *Declaration of Independence* verankert. Darin wird herausgestellt, dass Regierungen ihre Autorität vom Einvernehmen der Regierten herleiten.⁶⁵ Daran zeigt sich, dass die Volkssouveränität mit einer Repräsentation verknüpft wird.

Anders als viele Zeitgenossen folgt für Paine aus der *liberty* kein Republikanismus nach englischem Vorbild, sondern ein neuer als demokratisch verstandener Republikanismus.⁶⁶ Republik wird wörtlich (als Gemeinwesen) verstanden, ohne auf dem Prinzip der Mischverfassung zu beharren. Die Republik müsse repräsentativ aufgebaut sein.⁶⁷ Die Legislative solle aus breiten Teilen der Bevölkerung rekrutiert werden. Paine fordert eine verfassungsgebende Versammlung, die die Interessen der Gesamtbevölkerung berücksichtigen sollte. Um eine Repräsentation der Bevölkerung zu garantieren, forciert er – und so konkretisiert sich sein Gleichheitspostulat politisch – die Wahl von Repräsentanten bei allgemeinem gleichem Männerwahlrecht. Letzteres tituliert der Autor als Naturrecht und expliziert, dass eine kleine Wählerschaft und eine geringe Anzahl an Repräsentanten gleichermaßen gefährlich seien. Eine *constitutional convention* solle ein Parlament vorsehen, das jährlich neu gewählt wird, und einen Präsidenten (*President*), der vom *Congress* jährlich aus je einer anderen Kolonie zu wählen sei. Der *Congress* hätte legislative Kompetenzen und könnte Gesetze mit einer Dreifünftel-Mehrheit verabschieden. Die Legislative sieht er unikameral vor. Das demokratische Prinzip einer gleichen Partizipation wird limitiert auf das Wahlrecht. Die Beschränkung auf ein Abgeordnetenhaus soll dafür den volkssouveränen Charakter untermauern und Klüngeleien zwischen zwei Häusern verhindern. Dies ergibt sich auch aus der Notwendigkeit zur qualifizierten Mehrheit, was es schwieriger mache, über die Bürger hinweg zu entscheiden. Dies sei eine *unmixed republic*, die sich vom Volk ableitet. So gleicht der Wahlakt einer Willensübertragung an die Delegierten. Durch die demokratischen Prinzipien Annuität und Rotation soll verhindert werden, dass die Repräsentanten sich vom Volkswillen distanzieren.⁶⁸ Per Wahl würde das System auf der Zustimmung des

65 Vgl. Hochgeschwender: Die Amerikanische Revolution, S. 195f.; Wood, Gordon S.: The American Revolution, in: Goldie, Mark/Wokler, Robert (Hg.): The Cambridge History of Eighteenth-Century Political Thought, Cambridge 2006, S. 601-625, hier: 607-610; Saage: Demokratietheorien, S. 103.

66 Auch verbindet der Pamphletist mit dem Pseudonym *Massachusettsensis* die negative und positive Freiheit mit der Volkssouveränität. Gerade dieser Form des *free self-governing* stünden Großbritannien als Kolonialmacht und dessen Verfassung entgegen. Eine freie Selbstregierung als Synonym für die *Demokratie* ist hier positiv besetzt und sorgt für eine implizite Aufwertung demokratischer Prinzipien. (Vgl. *Massachusettsensis*: To All Nations of Man, in: Hyneman, Charles S./Lutz, Donald S. (Hg.): American Political Writing during the Founding Era, 1760-1805, Bd. 1, S. 209-216, hier: S. 210-213).

67 Vgl. Claeys: Thomas Paine, S. 45-51; Ball, Terence: »A Republic – If You Can Keep It«, in: Ders./ Pocock, John G. A. (Hg.): Conceptual Change and the Constitution, Lawrence 1988, S. 137-164, hier: S. 138f.

68 Vgl. Buchstein, Hubertus: Öffentliche und geheime Stimmabgabe. Eine wahlrechtshistorische und ideengeschichtliche Studie, Baden-Baden 2000, S. 401f.; Pole: The Pursuit of Equality in American History, S. 50f.; Bailyn: The Ideological Origins of the American Revolution, S. 167-173.

Volkes basieren, wodurch Paine die legislative Souveränität dem *demos* zuschreibt, was sich von der direkten demokratischen Partizipation unterscheidet. Dennoch wird so eine sprachliche Verbindung zwischen Volkssouveränität, Repräsentation und Republik hergestellt. Ein solches Modell, das auf der Autorität des Volkes basiere, wurde von einigen – wie einem anonymen Pamphletisten aus Philadelphia im Jahre 1776 – kritisiert. Ihm zufolge soll das Parlament volkssouverän sein. Jedoch ergebe sich daraus ein aristokratischer Mechanismus:

»Were the present House of Assembly to be suffered by their own *act* to suppress the *old* authority derived from the Crown, they might afterwards suppress the *new* authority received from the people, and thus by continually making and unmaking themselves at pleasure, leave the people at last no right at all.«⁶⁹

Wegen dieser Gefahr negiert der Autor nicht die Repräsentation per se, aber ihm ist bewusst, dass es sich um ein Konzept handelt, das ein aristokratisches Potenzial beinhaltet und dementsprechend nicht kongruent mit der Demokratie ist. Als demokratische Ergänzung brauche es einen Konsens der Bürger und ein Volk, das sich in Versammlungen und konstituierenden *conventions* treffe.⁷⁰

Paine dagegen spricht in *Common Sense* nicht explizit von *democracy*. Er benutzt den synonymen Begriff *popular government*. Auch weitere Pamphletisten, die die Macht des Volkes propagieren, verwenden *democracy*, *popular government* und teils schon *representative government* synonym⁷¹. Auch Paine bezieht sich implizit auf die Demokratie: Er postuliert einen evolutiven Wandel von der klassischen Versammlungsdemokratie zur *representative republic*. In seinen rousseauischen Beschreibungen über den Naturzustand schildert er, dass, sobald die Notwendigkeit des Staates gegeben sei, »the whole colony may assemble to deliberate on public matters. [...] In *this first parliament* every man by natural right will have a seat.«⁷² Damit setzt Paine semantisch eine Volksversammlung und ein Parlament gleich. Das Eine ist aber eine Versammlung der Bürgerschaft, das

69 Zit. Anonymous: The Alarm: or, an Address to the People of Pennsylvania on the Late Resolve of Congress, in: Hyneman, Charles S./Lutz, Donald S. (Hg.): American Political Writing during the Founding Era, 1760-1805, Indianapolis 1983, Bd. 1, S. 321-327, hier: S. 322 [Hervorhebungen stammen aus dem Original, P. D.].

70 Vgl. Ibid., S. 322-326.

71 Ein anonymes Autor legt aber etwa Wert auf die klare Begrenzung der amtlichen Kompetenzen der Repräsentanten, die nur partielle Rechte hätten, die ihnen das Volk gebe (vgl. Anonymous: The People the Best Governors, S. 391-400). Andere demokratiefreundliche Autoren, wie *Demophilus*, schreiben 1776, dass die Regierungsmacht dem Volk mit dem Sieg der Revolution zurückgegeben werde, und dies bringe das *common good*. Hier solle die Macht des Volkes konzeptuell über Delegation realisiert werden. Dies geschieht graduell demokratischer als bei Paine, da das politische System in *Demophilus'* Modell mit einem Volkstribunal in jeder Stadt angereichert würde. Das Tribunal sei ein Kontrollorgan gegenüber der Exekutive. Hinzu kämen möglichst vielen Repräsentanten im Verhältnis zur Wählerschaft, ein Fokus auf lokale Abstimmungsebenen und Quoren bei Abstimmungen. (Vgl. Demophilus: The Genuine Principles of the Ancient Saxon, or English Constitution, in: Hyneman, Charles S./Lutz, Donald S. (Hg.): American Political Writing during the Founding Era, 1760-1805, Bd.1, S. 340-367, hier: S. 340-344/348-360.)

72 Zit. Paine: The Political Works, S. 8 [Hervorhebung stammt von mir, P. D.].

Andere ist ein Gremium aus Repräsentanten, die anstelle der Bürger als Sachverwalter und Gesetzgeber fungieren. Paines Argumentation für den Parlamentarismus ist eine bis heute dominante: Sobald die Population oder die Staatsgröße wachse, folge die Notwendigkeit zur Repräsentation, da die Bevölkerung zu groß zum Versammeln werde.

»This will point out the convenience of their consenting to leave the legislative part to be managed by a select number from the whole body, who are supposed to have the same concerns at stake which those have who appointed them, and who will act in the same manner as the whole body would, were they present.«⁷³

So ergebe sich die Notwendigkeit, zwischen Wählern und Gewählten zu differenzieren, obwohl politisch alle gleich seien. Die Transformation von der klassischen zur sogenannten modernen Demokratie wird hier somit antizipiert, als evolutionäre Kontinuität, indem Volksversammlung und Repräsentation, die Vielen und die Wenigen, unterschiedslos unter dem Begriff *Parlament* subsumiert werden. So suggeriert Paine, dass der Widerspruch zwischen dem egalitären Anspruch auf Partizipation und der Repräsentation nichtexistent sei, da die Repräsentanten wie der Volkskörper agieren würden.⁷⁴ Die typische Behauptung der Apologeten der »repräsentativen Demokratie«, dass bei zunehmender Größe von Bevölkerung und Staat eine Repräsentation nötig sei, wird in *Common Sense* nicht in der Form gedacht, dass der politiktheoretische Trick einer »indirekten Volksherrschaft« durch Repräsentation ein Notbehelf ist, sondern die Repräsentation wird affirmativ als Fortschritt aufgefasst. Denn freiheitliche Systeme würden zum Wachstum der Einwohnerzahl tendieren.⁷⁵

Zugegeben: Da *Common Sense* ein Pamphlet ist, ist die Simplifizierung und sprachliche Verwischung von Parlamentarismus und Volksversammlung ein zielführendes Stilmittel der pointierten Komprimierung und revolutionären Propaganda. Aber das sorgt dafür, dass die weniger gebildeten zeitgenössischen Leser*innen diese Identifizierung beider Institutionen als korrekt betrachten, zumal die Beschlüsse einer Volksversammlung und eines Parlaments gewählter Repräsentanten angeblich identisch (und volksouverän) seien. Des Weiteren vertritt Paine diese These später immer noch: in *Rights of Men* von 1791/92, in dem häufig von *democracy* die Rede ist. Dort sieht er die Repräsentation als der athenischen Demokratie überlegen an. Letztere ist bei ihm zwar an sich positiv, gilt aber als impraktikabel. Rationaler sei das repräsentative System. So differenziert er zwischen antiker und »repräsentativer Demokratie«:

»Simple democracy was society govern itself without the aid of secondary means. By ingrafting representation upon democracy, we arrive at a system of government capable

73 Zit. Ibid., S. 8f.

74 Vgl. Ibid., S. 8-10; vgl. auch Adams, Willi P.: Republikanische Verfassung und bürgerliche Freiheit (= POLITICA, Bd. 57), Darmstadt/Neuwied 1973, S. 98f.

75 Vgl. auch Berkin, Carol et al.: Making America. A History of the United States, Boston/New York 2006, S. 184f.; Claeys: Thomas Paine, S. 88f. Ein ähnliches Fortschrittsnarrativ der Siegergeschichte der Demokratie in der Moderne hat etwa heute noch, sehr typisch Vorländer: Demokratie.

of embracing and confederating all the various interests and every extent of territory and population.«⁷⁶

Mit dem Attribut *simple* impliziert Paine, dass es jenseits der originären Demokratie eine komplexere Demokratieform geben könnte: die repräsentative Form. Durch diesen semantischen Zug suggeriert er, dass das repräsentative System eine Novellierung der Demokratie sei. Denn er schreibt:

»Representation was a thing unknown in the ancient democracies. In those, the mass of the people met and enacted laws [...] in the first person. Simple democracy was no other than the common hall of the ancients. [...] As these democracies increased in population, and the territory extended, the simple democratical form became unwieldy and impracticable [...] Had the system of representation been then understood, as it is now, there is no reason to believe that those forms of government now called monarchical or aristocratical would ever have taken place.«⁷⁷

Die antike Demokratie hätte demzufolge, wäre sie um die Repräsentation ergänzt worden, länger und stabiler bestanden. Die suggerierte Kontinuität – als der für die Republik konstitutive Konnex von Repräsentation und Demokratie – wird ostentativ in Paines Pointe: »It [das amerikanische Regierungssystem] is representation ingrafted upon democracy [...]. What Athens was in miniature, America will be in magnitude.«⁷⁸ Paine ignoriert in beiden Texten, dass Repräsentation kein modernes, sondern ein vor-modern-elitäres Konstrukt ist. Neuer ist nur der Anspruch auf Volkssouveränität per Elektorat. Der Grad an politischer Gleichheit und Partizipation des Volkes ist bei der Wahl – als aristokratisches Rekrutierungsinstrument, sofern nicht mit dem Los kombiniert – eines repräsentativen Gremiums aber stark reduziert. »Nicht die Repräsentation ist auf die Demokratie, sondern die Demokratie auf die Repräsentation aufgefropft worden«⁷⁹, korrigiert Dolf Sternberger Paines Diktum. Paines Denken zeigt die Ungenauigkeit und das Fehldenken, das zum widersprüchlichen Konstrukt der »repräsentativen Demokratie« führt. Gleichzeitig demonstriert diese Denkweise, dass Paine die antike Demokratie wegen ihrer vermeintlichen Ineffizienz für das Modell eines modernen Staates und nicht aufgrund der Legitimation demokratischer Beschlüsse durch die Mehrheit negiert. Daher unterscheidet er realiter nicht zwischen demokratischen und republikanischen Prinzipien.⁸⁰ So wird 1776 der Demokratiebegriff gemieden, als demokratisch geltende Prinzipien werden aber im Republikbegriff aufgewertet, wodurch seit Paine die Termini *Republik*, *Demokratie* und *Volkssouveränität* für egalitäre Akteure ein sich gegenseitig stützendes semantisches Feld ergeben.⁸¹ Der implizit synonyme Gebrauch von *republic* und *democracy* bei Denkern wie Paine zeigt, dass progressive Whigs noch nicht von *Demokratie* sprachen, aber die mit der Volksmacht assoziierten Normen öffentliche Anerkennung fanden. Das Austauschen der Begriffe *republic* und *democracy*

76 Zit. Paine: *The Political Works*, S. 363.

77 Zit. *Ibid.*, S. 361.

78 Zit. *Ibid.*, S. 364.

79 Zit. Sternberger: *Nicht alle Staatsgewalt geht vom Volke aus*, S. 75.

80 Vgl. *Ibid.*, S. 70-75; Roberts: *Athens on Trial*, S. 180/209.

81 Vgl. Jörke: *Die Transformation des Republikbegriffs in den Federalist Papers*, S. 42f.

von *Common Sense* zu *Rights of Men* legt nahe, dass in den 1790ern, anders als in den 1770ern, der Demokratiebegriff schon eine höhere Akzeptanz besitzt, der Wandel der Konnotation und begrifflichen Wertung somit bereits in den 1790ern in Amerika erfolgreich war. So erklärt Bailyn, dass *republic* und *democracy* für die revolutionären Siedler eng miteinander verbunden waren, und beide riefen gemischte Reaktionen hervor:

»For if ›republic‹ conjured up for many the positive feature of the Commonwealth era and marked the triumph of virtue and reason, ›democracy‹ – a word that denoted the lowest order of society as well as the form of government in which the commons ruled – was generally associated with the threat of evil disorder and the early assumption of power by a dictator.«⁸²

So wurde die Demokratie nicht als per se illegitim, aber in ihrer reinen klassischen Form von manchen, wie Paine, als impraktikabel und von anderen als potenziell gefährlich wahrgenommen – der Gedanke einer demokratischen Republik dagegen nicht.⁸³

Zunächst scheint *Thoughts on Government* relativ identisch mit *Common Sense* zu sein. Beide Autoren leiten ihre Vorschläge aus den Ideen Freiheit und Volkssouveränität ab, plädieren für eine schriftliche Verfassung und fordern eine rationale Gesetzherrschaft.⁸⁴ Dennoch bestehen in den Konzeptionen entscheidende Unterschiede. So ist bei Paine der Demokratiebegriff positiv besetzt, während Adams eher demokratiekritisch ist. Letzterer, der eine bikamerale Legislative präferiert, ist auf der Linie konventioneller Whigs, weshalb sein Pamphlet diesbezüglich sogar mehr dem amerikanischen Zeitgeist entspricht, was die Institutionalisierung der Republik betrifft. Das fußt auf der Prämisse, dass man Volk und Repräsentanten aufgrund jeweiliger Eigeninteressen kontrollieren müsse: in einem *balanced government*. Paines egalitäre Republik erscheint Adams dagegen als idealistische Utopie, die Politik zu subjektiver Willkür degradiere, indem sie de facto auf humoralen Einzelinteressen und menschlichem Machtstreben basiere. »A single assembly is liable to all the vices, follies, and frailties of an individual [...] and consequently productive of hasty results and absurd judgments.«⁸⁵ Adams orientiert sich an der römischen Idee einer Mischverfassung, die die soziale Realität spiegeln und die internen sozialen Konflikte institutionalisieren solle.⁸⁶ Dabei solle das Par-

82 Zit. Bailyn: *The Ideological Origins of the American Revolution*, S. 282.

83 Vgl. Ibid., S. 281–284. Auch Jefferson grenzt in *A Summary View of the Rights of British America* von 1774 die Volkssouveränität durch Repräsentation sowohl von den Rechten der englischen Krone, als auch der unbegrenzten direktdemokratischen Souveränität ab: »While those bodies are in existence to whom the people have delegated the powers of legislation, they alone possess and may exercise those powers; but when they are dissolved by the lopping off one or more of their branches, the power reverts to the people, who may exercise it to unlimited extent, either assembling together in person, sending deputies, or in any other way they may think proper.« (Zit. Jefferson, Thomas: *Writings*, hg. von Peterson, Merrill D., New York 2011, S. 118.)

84 Denn bei Adams heißt es (similär zu Paine), die Republik sei »an empire of laws, and not of men.« (zit. Adams: *The Political Writings*, S. 86.)

85 Zit. Ibid., S. 87.

86 Vgl. Claeys: *Thomas Paine*, S. 58; Shaw, Peter: *The Character of John Adams*, New York 1976, S. 103/207 – 220; Ryerson: »Like a Hare before the Hunters«, S. 17f.; vgl. auch Heun, Werner: Die Antike in den amerikanischen politischen Debatten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Niggemann, Ulrich/Ruffing, Kai (Hg.): *Antike als Modell in Nordamerika? Konstruktion und Verar-*

lament, wie für Paine, »be in miniature an exact portrait of the people at large.«⁸⁷ Die Interessen und die Aufteilung sozialer Klassen sollten daher im Parlament und in der Bevölkerung identisch sein. Mit diesem mimetischen Repräsentationsprinzip versucht Adams die Vorwürfe, das *mixed government* basiere auf einer elitär-virtuellen Repräsentation, zu entwerfen. Seine Variante sei eine auf dem Volk basierende Stellvertretung. Wenn das Parlament als *demos en miniature* gilt, so ist es eine deskriptive Repräsentation: Die Kongruenz von Volks- und Repräsentantenwillen wird nicht per imperativem Mandat gesichert, sondern basiert auf der (soziologisch gesehen naiven) Prämisse, dass die Repräsentanten wie das Volk handeln – durch soziale und kulturelle Ähnlichkeiten. Daher hat Adams' Republikanismus einen abgeschwächt elitären Duktus, auch da er den Bestrebungen aus Pennsylvania, die Eigentumsqualifikation als Zugang zur Wahl abzuschaffen, entgegentritt. Denn das würde soziale Unterschiede staatlich nivellieren. Gerade das Zensuswahlrecht war Ende des 18. Jahrhunderts noch weitgehend Konsens. Nichtsdestotrotz stellt diese Idee einen Gegensatz zum demokratischen Gedanken des gleichen politischen Zugangs dar. Wie Paine forciert Adams die klassischen Prinzipien Annuität und Rotation.⁸⁸ Zu solchen Repräsentationsformen in Amerika konstatiert Wood:

»Because the doctrine of representation was the foundation of all men's ideas about their relation to government, explaining it was difficult and complicated; changes in the conception of representation required and eventually demanded all sorts of adjustments that were scarcely predicted and often stoutly resisted even by those who held to ideas that made the adjustment necessary.«⁸⁹

Daher ist für Paine und Adams der Schritt nötig, die Beziehung zwischen Regierung und Bevölkerung mit dem Medium der Repräsentation durch die Metapher der Spiegelung der Bürgerschaft zu legitimieren. Wenn aber das Parlament im Kleinen das ist, was die Gesellschaft im Großen ist, wird diese Miniatur als eigene kleine *polis* interpretiert, die eigentlich politisch handelt; aufgrund des Narratives, dass die große Bürgermenge so handeln würde wie die kleine »Parlament­polis«. Das impliziert einen starken Handlungsbegriff der Repräsentanten und einen schwachen Handlungsbegriff der Bürgerschaft. Letztere wählen einerseits, und andererseits stellen sie sich vor, ob sie ebenso so gehandelt hätten wie das Parlament, jedoch ohne die Freiheit des gleichberechtigten Handelns zu genießen. Die »Parlament­polis« erschafft somit eine im Parlament egalitäre und freie, aber im gesamten System hierarchische Ordnung. Etwas weniger hierarchisch ist es bei Paine, bei dem eine benevolente Lesart vermuten lassen kann, dass seine Repräsentationstheorie von einer stärkeren Rückbindung des Parlaments an das Volk ausgeht.

gumentierung, 1763-1809 (= Beihefte der Historischen Zeitschrift, Bd. 55), München 2011, S. 65-84, hier: S. 67-69.

87 Zit. Adams: *The Political Writings*, S. 86.

88 Vgl. *Ibid.*, S. 85-90; Manin: *Kritik der repräsentativen Demokratie*, S. 155f.; Foner: *Tom Paine and Revolutionary America*, S. 122f.; Kelleter: *Amerikanische Aufklärung*, S. 471-473; Wood: *The Creation of the American Republic*, S. 176-184.

89 Zit. *Ibid.*, S. 185.

Auch bei Adams spielt die Größe der Republik eine eher marginale Rolle. Jedoch antizipiert *Thoughts on Government* eine Position der späteren Anti-Federalists, indem er zunächst eine gemeinsame Bundesverfassung ablehnt und eine Konföderation fordert. Denn jeder der 13 Kolonien solle die Regierungsgeschäfte nach eigenen Wünschen gestalten, wodurch implizit die Abgeordneten der Staaten, welche geographisch näher an der Bevölkerung und zahlenmäßig proportionaler zur Wählerschaft seien, rückgebundener an das Volk wären.⁹⁰ Raumtheoretisch gesehen, ist Adams der Denker, der eher auf das Volk fokussiert ist, da in einer kleineren Kolonie graduell partizipatorischer agiert werden kann. Denn die Population ist nicht so groß, die Bürger könnten sich unter Umständen weiterhin in *township meetings* versammeln, geographisch nahe Repräsentanten könnten besser kontrolliert werden, und es gäbe weniger Bürger pro Abgeordneten.

Die Idee der Spiegelung der Repräsentierten durch die Repräsentanten kombiniert Adams aber mit einem elitären Duktus. Volkssouveränität und Elitarismus schließen sich bei Adams nicht aus, sie moderieren sich gegenseitig. Damit kommt seine Theorie der Idee der Mischverfassung sehr nahe. Adams revitalisiert einerseits eine egalitäre Rhetorik, andererseits wird diese auf einen Republikanismus übertragen, bei dem das Volk den demokratischen Part der Mischverfassung nicht selbst praktiziert, sondern treuhänderisch delegiert. Daraus ergibt sich ein Widerspruch dieser Repräsentationstheorie und ihrer Verbindung mit einem partizipatorischen Anspruch: Dieser vermeintlich egalitäre Ansatz der Repräsentation begrüßt den elitären Charakter. Indem Adams zwar die Repräsentanten als Spiegel der Gesellschaft interpretiert, aber gleichzeitig aristokratisch die Abgeordneten als »a few of the most wise and good«⁹¹ tituliert, entsteht eine unaufgelöste Spannung zwischen Identität und Distinktion von Repräsentanten und Volk. Sind Repräsentanten ein Spiegel der Gesellschaft, oder heben sie sich durch Weisheit, Vernunft und Tugend von der Gesellschaft ab? Deutlicher als in *Common Sense* zeigt sich hier, dass die Prämisse der volkssouveränen Repräsentation widersprüchlich ist, da sie zur Exklusion des *demos* führt und eine hierarchische Trennung von Volk und Repräsentanten vollziehen muss.⁹² Die Demokratie klassischen Antlitzes bedeutet dagegen einen Antielitarismus in dem Sinne, dass es politisch niemanden über und unter einem gibt. Dieser Gedanke ist in einer Mischverfassung abgeändert, da hier die Macht der Klassen/Schichten ungleich verteilt und institutionalisiert ist. Und ein republikanisches Rom ist Adams' Vorbild. Es findet sich bei Adams nicht nur die Idee, dass die Regierung sich vom Volk ableite, sondern auch die These, dass Abgeordnete eine überlegene Elite darstellen.

Paine, Adams und andere Pamphletisten bauen ihre Theorie der Repräsentation als elitäres Konzept auf, vermischt mit den demokratisch-republikanischen Prinzipien Annuität und Rotation. Sie gehen davon aus, dass das Parlament ein Spiegel der

90 Vgl. Adams: The Political Writings, S. 89-91; Kelleter: Amerikanische Aufklärung, S. 473f.

91 Zit. Adams: The Political Writings, S. 86.

92 Vgl. Ibid., S. 85f.; Foner: Tom Paine's Republic, S. 206-208; Shalhope: The Roots of Democracy, S. 91f.; Beeman, Richard R.: The Varieties of Deference in Eighteenth-Century America, in: Early American Studies, 2(3/2005), S. 311-340, hier: S. 316.

Gesellschaft sei. Dadurch und durch den Wahlakt wird die Form als mimetische Repräsentation legitimiert und mit der Volkssouveränität assoziiert. Während sich bei Paine ein Bezug zum Konzept der klassischen Demokratie herstellen lässt, da er fälschlicherweise die repräsentative Republik als eine Optimierung der antiken Demokratie postuliert, bezieht sich Adams auf Rom und den britischen Bikameralismus. Bei Paine wird die unikamerale Legislative durch jährliche Wahlen und den damit abgegebenen Volkswillen kontrolliert, und so ist der elitäre Faktor des Repräsentativsystems vorhanden, obgleich limitiert. Es konkurrieren zwei Konzepte des Parlamentarismus: eine *unmixed republic*, die von einer unikameralen Legislative dominiert und in der – durch die Legitimation der Rückbindung an die Bürgerschaft – die Exekutive parlamentarisch kontrolliert wird, gegen eine Form des *mixed government*, bei der die Interessen der Bürgerschaft vertreten und geschützt werden sollen. Letzteres führt dazu, dass die Bürger vor einer zu starken Legislative geschützt werden sollen, durch die Exekutive und den Bikameralismus.⁹³ Klassisch gesehen ist die erste Form egalitärer und die zweite aristokratischer. So ist Paine der radikalere und idealistischere Denker, der – mit dem Kunstgriff der Repräsentation und dem semantisch ungenauen Konnex zur *democracy* – die volksnähere, aber immer noch nichtdemokratische Theorie entworfen hat. Adams dagegen verleiht seiner mimetischen Repräsentationstheorie elitäre Züge, was dem Ganzen einen widersprüchlichen Charakter verleiht. So resultiert aus dem Konnex von Wahl und Repräsentation die Ablehnung der demokratischen Aleatorik. Wenn die Wahl von Repräsentanten sukzessive als Zustimmung des Volkes und als Rekrutierungsinstrument gilt, wird die Frage nach der aleatorischen Rekrutierung von Amtsinhabern obsolet. Denn würde man auf das Los statt auf die Wahl zurückgreifen, würde das Prinzip der Volkssouveränität als Kontrolle und Rekrutierung der Elite zerstört werden, da nicht mehr Wähler entscheiden, sondern der Zufall. Da Volksversammlungen auf Staatenebene in dieser Phase kaum mehr konzipiert werden, ist das Elektorat *die* verbleibende (beschränkte) Einflussmöglichkeit der Bürgerschaft.⁹⁴ Das zeigt, dass die repräsentative Republik kein originär-demokratisches System ist. Nichtsdestotrotz werden begrifflich deskriptive Repräsentation, Volkssouveränität und Republikanismus vermengt. Beide Denker markieren damit die Enden der Spektren, was den Bezug zur Antike und den klassischen Staatsformen zeigt. Paine etwa lehnt eine Vorbildwirkung antiker Staatsformen ab. Lediglich der Hinweis, dass Amerika im Großen dasjenige sei, was Athen im Kleinen gewesen sei, zeigt, dass er eine evolutive Wirkung der Demokratie sieht. Diese bewegt sich aber faktisch vom klassischen Charakter weg, da das neue Element der Repräsentation in eine glorreiche demokratische oder republikanische Zukunft weise, die der antiken Demokratie verwehrt geblieben sei. Adams dagegen fühlt sich der Antike verpflichtet, jedoch nicht der Demokratie, sondern der römischen Republik – mit Fokus auf die Elitenrekrutierung.⁹⁵ Während

93 Vgl. Howard: *The Birth of American Political Thought*, S. 83f.; Foner: *Tom Paine and Revolutionary America*, S. 122f.; Shoemaker, Robert W.: »Democracy« und »Republic« as Understood in Late Eighteenth-Century, in: *American Speech*, 2(41/1966), S. 83–95, hier: S. 93f.

94 Vgl. Manin: *Kritik der repräsentativen Demokratie*, S. 121–123.

95 Vgl. Jendrysik: *Tom Paine: Utopian?*, S. 143–145; Keane, John: *Tom Paine. A Political Life*, New York 1995, S. 121.

der klassische Republikanismus nicht ohne Aristokraten als eine herrschende Gruppe auskommt, sehen viele Whigs (wie Paine) die Aristokratie/Oligarchie als korrupt an. In dieser Kritik und dem Glauben an das vernünftige Volk liegt zumindest ein demokratisches Potenzial. Der synonyme Gebrauch der Begriffe *democracy*, *republic*, *rule by the people* und *popular government* legt ein Bedürfnis nach Demokratie bei den Whigs nahe.

3.1.3 Bürgerliche Tugend und Gewaltenteilung

Das Aufkommen des angelsächsischen Republikanismus generiert, so Wood, schon ab den 17. Jahrhundert verschiedene Betonungswechsel, die sich auch bei Paine zeigen. Dazu gehört, dass in Amerika ab 1750 weniger die politische Vokabel *state*, sondern das sozioökonomische *commonwealth* betont wird. Fokussiert wird eher der private Bereich, wobei Republik weiterhin als freies Gemeinwesen verstanden wird, anzusiedeln als Mischform – mit einem Fokus auf den gemeinschaftlichen Zusammenhalt.⁹⁶ Tugend und Freiheit sollen dem Gemeinwohl dienen, das durch gemeinsame Gefühle und Interessen zustande käme und eine mentale und kulturelle Einigkeit garantieren sollte. Paine definiert eine Republik als *common good*. Dabei würden die Repräsentanten als Sprecher von privaten Interessen des Volkskörpers fungieren. Unterfüttert würde dies durch die öffentliche Tugend der Bürger, die besonders Adams betont, indem etwa durch Patriotismus die Eigeninteressen dem Gesamtwohl geopfert würden. Dies ist für die Frage nach dem Kern der klassischen Demokratie relevant: aufgrund des aristotelischen Konnexes von Öffentlichkeit und Bürgertugend in gelungenen Staatsformen (welche er den meisten Demokratien abspricht) und um die Beziehung von Demokratie und Gewaltenteilung zu ermitteln.

Bezüglich der Rolle des Privatinteresses ist Paine eher dem Individualismus zuzuordnen. Er verteidigt privat-negative Freiheitsrechte des Individuums – im Zuge einer Kommerzialisierung der Gesellschaft – in einer Marktwirtschaft mit einem Minimalstaat, und er befasst sich im Pamphlet (trotz Gleichheitspostulat) noch nicht mit der sozialen Ungleichheit. Sein Argument für diese Vermengung basiert auf seinem Freiheitsbegriff, der positive und negative Elemente gleichberechtigt behandelt. Ein *popular government* würde ökonomische und politische Freiheit bringen, denn in der Republik hätte jeder Anteil an der Regierung. Diese wäre das Geschäft von jedem, da es um sein Eigentum geht. Somit zieht er eine Analogie von Privatbesitz und Geschäft zu öffentlichen Angelegenheiten und verwischt die Grenzen zwischen Privatem und Politischen. Diese neue These ist also: Der private Mensch agiert primär aufgrund seines Privatinteresses politisch. Freier Handel sei natürlich. Er dürfte daher vom Staat nicht negiert werden. Auch das Volk dürfe dieses Recht nicht antasten. In dieser Konzeption fusionieren der *bourgeois* und der *citoyen* sowie der frühe Kapitalismus und der demokratische Republikanismus.⁹⁷

96 Vgl. Wood: *The Creation of the American Republic*, S. 53-70.

97 Vgl. Jendrysik: *Tom Paine: Utopian?*, S. 145f.; Shoemaker: »Democracy« and »Republic« as Understood in the Late Eighteenth-Century America, S. 87; Bloch, Ruth: Inside and outside the Public Sphere, in: *The William and Mary Quarterly*, 1(62/2005), S. 99-106, hier: 103-106. So bemerkt Ruth Bloch, in Anlehnung an Jürgen Habermas, zu diesem Strukturwandel in Amerika: »During the revolutionary period, this multiplicity of meanings contracted and the concept of the private became

Appleby und Hartz klassifizieren Paine als einen antirepublikanischen und ökonomisch frühliberalen Prototyp.⁹⁸ Dabei übersehen sie aber den Aufstieg dieser neu verstandenen Form von Markt und Öffentlichkeit und ihrer vorläufigen Verschmelzung mit republikanischen Werten. Diese neue Öffentlichkeit widerspricht dem klassischen Konzept der Öffentlichkeit als kollektive Handlungsfähigkeit statt der individuellen Bereicherung. Gewiss handelt es sich bei Paines ökonomischer Theorie nicht mehr um einen klassischen Republikanismus, sondern um eine Mischung aus dem demokratischen Ideal, dass die Gemeinschaft ihre sozialen Interessen politisiert, und einem freien Markt. Es handelt sich auch noch nicht um einen ausgeprägten Wirtschaftsliberalismus. Denn der Republikanismus basiert primär auf dem Gemeinschaftsstreben und gemeinsamer Partizipation, während protolibérale Ansätze auf den Schutz individueller Freiheiten fußen. Insofern wäre ein Protoliberalismus nicht zwangsläufig demokratisch, während eine Republik dies graduell sein muss. Aber beide Elemente finden sich in Paines Denken der 1770er wieder. Etwa will er ein ökonomisches Selbstinteresse mit öffentlicher Bürgertugend kombinieren – im Rahmen seines Fortschrittsdiktums und einer Forcierung der wirtschaftlichen Mittelklasse als soziale Basis. Das generiert eine Spannung zwischen den individuellen und korporatistischen Implikationen seiner Theorie. Daher lässt er sich bezüglich des Gedankens der Bürgertugend weder einseitig als demokratischer Republikaner noch als Frühkapitalist einordnen. Paine geht davon aus, dass Wohlstand die Gesellschaft nicht in Faktionen teilen würde. Er behauptet, dass Republikanismus und sozioökonomische Antagonismen durch die Bürgertugend und die Freiheit inkompatibel seien. Paine sieht eher eine relative Armut als schädlich und fortschrittsfeindlich an.⁹⁹ Dies widerspricht zumindest dem klassischen Gedanken des Republikanismus als Erhalt eines Interessensausgleichs zwischen verschiedenen Ständen oder Klassen und übersieht den sozialen Charakter der Demokratie (des meist ökonomisch gedachten Konfliktes der Vielen mit den Wenigen). Während Elitetheoretiker vor allem eine Tugend der politischen Amtsinhaber proklamieren, geht Paine von einem die Gesamtheit umfassenden Gemeininteresse aus. Außerdem gilt ihm das Volk als einzige legitime politische Basis. Durch seinen wirtschaftlichen Fortschrittsgedanken und eine radikale politische Gleichheit wird politisch-juridisch die soziale Differenzierung bedroht und zur Irrelevanz nivelliert, ohne dass sie gesellschaftlich beseitigt werde. Eine demokratische Forderung nach sozialer Angleichung in dieser Mittelstandsgesellschaft kommt nicht auf.¹⁰⁰

Diese Verbindung von republikanischer Tugend und wirtschaftlichem Eigeninteresse ist in den 1770ern keinesfalls neu. Montesquieu, der mit seinem Hauptwerk *De*

more narrowly set off against the power of government. The vigorous criticism of British tyranny within the patriot movement generated a pervasive devaluation of the state that became a persistent feature of American political culture.« (Zit. Ibid., S. 105.)

98 Vgl. Appleby: *The Intellectual Underpinnings of American Democracy*, S. 17f.; Hartz: *The Liberal Tradition in America*, S. 73; vgl. Auch Foner: *Tom Paine and Revolutionary America*, S. 93-98.

99 Vgl. Wood: *The Radicalism of the American Revolution*, S. 106f./123-140/174-184/190-196/216-222; Philp, Mark: *Paine (= Past Makers, Bd. 63)*, Oxford/New York 1989, S. 39-39/46-50; Ellis, Richard: *American Political Cultures*, Oxford/New York 1993, S. 31-33/50f.

100 Vgl. auch Fliegelman: *Declaring Independence*, S. 111f.

l'Esprit des Lois von 1748 zum entscheidenden Philosophen des zeitgenössischen Republikanismus avancierte, hat bereits beide Prinzipien zusammengedacht.¹⁰¹ Paine folgt dem in einer republikanischen Sprache. Genau dieses aufgeklärte Denken führt ideengeschichtlich, so Albert O. Hirschman, im 18. Jahrhundert (mit Adam Smith, Montesquieu und James Steuart) dazu, dass der Privatwille nicht mehr grundsätzlich als humorale Passion durch den Republikanismus bekämpft wird. Vielmehr gilt das ökonomische Interesse als vernünftiges Eigeninteresse, das Passionen zähmt. Darum unterstellen solche Denker dem Eigeninteresse als neuem Paradigma eine ähnlich regulierende Fähigkeit wie der republikanischen Bürgertugend oder dem Willen des *demos* als Kollektiv bezüglich privater Leidenschaften.¹⁰² Wichtig daran ist für die vorliegende Fragestellung zweierlei: *Erstens* verschieben sich Begriffe und Konzepte wie *Republikanismus* und *Interesse*, die entweder semantisch mit der *Demokratie* verbunden sind oder verbunden werden. *Stricto sensu* wären die Herrschaft der Vielen und deren demokratische Leidenschaft nun ein aufgeklärtes Selbstinteresse des Volkes. So wäre eine Verbindung einer Demokratie mit dem Eigeninteresse der Mehrheit legitimierbar, wo Aristoteles eine solche Demokratie als despotisch klassifiziert. Gleichwohl ist der Egoismus (als Gegensatz zum Gemeinwohl) stets ein Vorwurf von Aristokraten an Demokraten (und vice versa). *Zweitens* stellt sich mit dieser Verschiebung die Frage nach dem Grad der Partizipation. Wenn es im Staat primär um Eigeninteressen geht, ist es aber fraglich, inwiefern es für den Ausgang von vernünftigen Ergebnissen eine partizipierende Bürgerschaft braucht, die eine Vorstellung vom Gemeinwohl sichert. Dann wäre die mimetische Darstellung von Interessen im Parlament ausreichend, um diese rational zu sichern. Es entsteht eine Dialektik von Einzelinteressen, aus Teilen des *demos* kommend (das ist implizit eine Aufwertung der Interessen der Vielen gegen diejenigen Weniger) und der schwindenden Notwendigkeit nach einer starken Beteiligung der Bürgerschaft, da die mimetische Repräsentation zur Interessensrepräsentation – statt zur kollektiven Autonomie – wird.

Auf mögliche politische Unterdrückungsmechanismen durch ökonomische Ungleichheiten geht Paine in *Common Sense* nicht ein, sondern nimmt die Kongruenz von Demokratie/Republik und Freihandel an. Sein Republikanismus ist an Kleinproduzenten als ökonomische Basis orientiert. Er siedelt das wirtschaftliche Interesse weniger im Privaten an, sondern in der neuen Sphäre des Sozialen. Aus der Spannung des Republikanismus im Politischen und des Frühkapitalismus im Ökonomischen ergibt sich, dass die soziale Gleichheit unterminiert werden kann. So wird ein moderner Primat der Ökonomie generiert.¹⁰³ Bestehen große ökonomische Unterschiede zwischen den

101 Vgl. Montesquieu, Charles de: *Œuvre Complètes*, Bd. 2, hg. von Caillois, Roger, Paris 1951, S. 585-600; vgl. auch Shklar, Judith: Montesquieu, Oxford et al. 1987, S. 106-113; Herb, Karlfriedrich: Im Netz der Gesetze. Montesquieu über Freiheit, in: Ders./Hidalgo, Oliver (Hg.): *Die Natur des Staates. Montesquieu zwischen Macht und Recht* (= Staatsverständnisse, Bd. 20), Baden-Baden 2009, S. 67-76, hier: S. 72-76.

102 Vgl. Hirschman, Albert O.: *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, übersetzt von Offe, Sabine, Frankfurt a.M. 1987, insb. S. 39-57/81-91.

103 Vgl. Paine: *Political Works*, S. 36-41; vgl. auch Ackerman, Bruce: *We the People*, Bd. 1: *Foundations*, Cambridge/London 1993, S. 26-30.

Partizipierenden, dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie ihre Eigeninteressen auf Staatsebene zum Ausdruck bringen.¹⁰⁴

Aus der Prämisse einer gemeinwohlorientierten *unmixed republic* resultiert Paines Präferenz einer unikameralen Legislative, die auch die Exekutive wählen würde. Die legislativen Repräsentanten wären vereint in den gemeinsamen Vorstellungen einer guten Regierung, sodass nur die Interessen der Bürger zählen würden, das Repräsentantenhaus müsse *unbiased* sein. Hierin liegt die oben angesprochene Spannung zwischen den »legitimen Eigeninteressen« und den *unbiased representatives*. Aus der unikameralen Legislative folgt eine Bejahung des Volkes, ein demokratischer Duktus, da durch die Annuität die Repräsentanten nur kurzzeitig die politische Funktion hätten und bei lediglich einer Kammer das gesamte Volk gleichmäßig repräsentiert sein muss, zumal diese Institution die größte Legitimation gegenüber anderen Instituten hätte, da sie eher an den *demos* rückgebunden wäre. Paine konstatiert: »Let the assemblies be annual, with a president only. The representation more equal. Their business wholly domestic, and subject to the authority of a continental congress.«¹⁰⁵ Er misstraut der Idee, mit mehreren Kammern der Aristokratie Sonderpositionen einzuräumen. Dem Volk wird demokratiefreundlich weniger misstraut. Andererseits werden die Repräsentanten idealisiert, als ob deren eigene Interessen als rekrutierte Elite keine Rolle spielen würden oder denen der Bürgerschaft nicht widersprechen könnten.

Diese Republiktheorie und die Ablehnung der strengen Gewaltenteilung (im Sinne der klassischen Demokratie) gehen auch aus seiner Negierung der britischen Monarchie hervor. Letztere sei zu komplex. Die Annahme, dass die Balance von soziokonstitutionellen Kräften die Freiheit sichern würde, sei ein Fehler. Denn wenn Adel und Monarchie abgeschafft seien, blieben nur Bürger übrig. Also sei eine Mischverfassung obsolet. Aus der bürgerlichen Gleichheit folgt die Identität der Begriffe *Republik* und *Demokratie* bei Paine, da die Mischverfassung zugunsten der Rechtsgleichheit negiert wird. Die *common people* hätten den *common sense* verinnerlicht und bräuchten nur eine gemeinsame Parlamentskammer. Denn Amerika sei ein Hort der Tugend und Aufklärung, während das komplizierte feudale System Großbritanniens korrumpiert sei.¹⁰⁶ Diese Annahme führt dazu, dass dem normalen Bürger die Fähigkeit zur guten Entscheidungsfindung attestiert wird. So bemerkt Paine zum Diktum der Einfachheit des politischen Systems: »Where there are no distinctions there can be no superiority; perfect equality affords no temptation.«¹⁰⁷

Bis auf die Repräsentation mutet ein solcher Unikameralismus egalitär an. Indem vor allem das vom Volk kontrollierte Parlament herrscht und das exekutive Gremium

104 Arendt zufolge geht es den amerikanischen Bürgern primär um den Schutz des Lebensinteresses gegen staatliche Übergriffe, sodass die Wahl der Repräsentanten als privates Interesse und nicht als politisch (im klassischen Sinne) zu verstehen ist. (Vgl. Arendt: Über die Revolution, S. 92f.; dies: Vita Activa, S. 318-415.)

105 Zit. Paine: The Political Works, S. 31.

106 Vgl. Bailyn: The Ideological Origins of the American Revolution, S. 285f.; Hochgeschwender: Die Amerikanische Revolution, S. 191f.; Dorfman, Joseph: The Economic Philosophy of Thomas Paine, in: Political Science Quarterly, 3(53/1938), S. 372-386, hier: S. 372-374.

107 Zit. Paine: Political Works, S. 31.

von diesem abhängig ist, wird der Gedanke unterstrichen, dass es eine Aufteilung politischer Aufgaben brauche, aber keine Machtteilung. Dies stimmt mit der klassisch-demokratischen Version überein. Aber die Repräsentation unterminiert Paines Diktum der Einfachheit, so Sternberger, da die faktische Teilung von Bürgerschaft und Repräsentanten als institutioneller Gegensatz in bestimmter Weise einer Mischverfassung entspricht – zwischen wählendem *demos* und die an ihm rückgekoppelte Elite.¹⁰⁸

Auch Adams' Republikanismus basiert auf der Tugend. Jedoch folgt bei ihm daraus ein Bikameralismus: Eine Kammer ginge aus einer Volkswahl hervor, die andere sei unabhängig. Damit ist seine Republik *mixed*. Das basiert auf der Prämisse prinzipieller sozialer Konflikte, weshalb die politische Macht zwischen Gruppen geteilt werden müsse, wobei er die Macht des *demos* als ebenso gefährlich einordnet, wie die von Aristokratie und Monarchie. Wieder argumentiert Adams klassisch-republikanisch, wenn er konstatiert, dass Menschen antagonistisch seien, korrumpiert werden können und Einzelne ihre Leidenschaften realisieren wollten, wodurch er auch die radikale politische Gleichheit, die er rhetorisch teils selbst forciert hat, als Schimäre beschreiben muss. Er geht davon aus, dass ökonomische Unterschiede zum politisch ausgetragenen Konflikt zwischen den Vielen und den Wenigen werden würden. Darum formuliert er das Staatsziel folgendermaßen: »[H]appiness to the greatest number of persons and in the greatest degree is the best.«¹⁰⁹ Damit orientiert sich seine Theorie der Mischverfassung an ökonomischen Konflikten, zeugt aber auch vom Misstrauen gegenüber dem Volk. Sie ist also weniger demokratisch und idealistisch als Paines Konzept von Bürgertugend und Machtkonzentration. Solange sich die verschiedenen Kräfte in limitierten Sphären aufhalten würden, sei die Freiheit gesichert. »The very idea of liberty was bound up with the preservation of this balance of forces.«¹¹⁰ Eine Bürgertugend würde eher als Basis für die Mischverfassung und die reziproke Anerkennung des Systems fungieren, indem die Tugend den Willen zur Moral, die Liebe zur Freiheit und den Patriotismus beinhaltet. Garantiert werden sollte dies durch Religion, Erziehung, Regierung und einer Stärkung der Landwirtschaft. So sei in dieser Republik die Tugend das Fundament, wobei besonders Richter frei sein sollten von Interessen. Und Repräsentanten sollten *suitable characters* sein.¹¹¹ Der Tugendgedanke wird vor allem auf Berufspolitiker und Juristen angewendet, um den Grad an Korrumpierung zu minimieren. Es handelt sich daher um eine aristokratische Tugend. Das Recht auf Eigentum gilt aber auch bei Adams als grundlegende Bedingung für die Freiheit, sich selbst zu regieren. Dies realisiere das Ziel des *public good*. Eigentum und politische Partizipation ergeben einen Nexus. Diese Verbindung, aus der humorale Interessen folgen, hat das *mixed government* als Konsequenz zur Einhegung und Kontrolle solcher Interessen.

108 Vgl. Ibid., S. 31-34; Sternberger: Nicht alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, S. 76-81; Claeys: Tom Paine, S. 89f./104f.

109 Zit. Adams: The Political Writings, S. 85.

110 Zit. Bailyn: The Ideological Origins of the American Revolution, S. 76f.

111 Vgl. Adams: The Political Writings, S. 85-90.; Bailyn: The Ideological Origins of the American Revolution, S. 75-78/273-292; Shaw: The Character of John Adams, S. 92f./207-216; Levin: The Spectre of Democracy, S. 75-84; Howard: The Birth of American Political Thought, S. 102-104.

Als Volksvertretung und damit fälschlich als demokratischen Part der Mischverfassung sieht Adams das untere Haus der Legislative vor. Das obere Haus sei der Aristokratie vorbehalten. Das soll Letztere davon abhalten, Einfluss auf die gewählten Repräsentanten zu nehmen; es soll die Aristokraten institutionell isolieren. Darin kann man sogar das Indiz sehen, dass er – trotz aristokratischer Tugend – gerade einen antiaristokratischen Duktus hat. Hier ergibt sich ein weiterer Widerspruch, wenn er eben der Elite an Berufspolitikern die Tugend zuspricht, aber die Aristokratie innerhalb dieser politischen Führungsschicht für gefährlich hält.¹¹² Die Idee der gewaltenteilten Machtbalance ist, anders als bei Paine, somit vom britischen Modell gefärbt. »The result of this balanced government counterpoise of social and governmental forces in the British constitution was the confinement of social and political powers to specified, limited spheres«¹¹³, so Bailyn. Adams kritisiert einerseits die attische Demokratie als zu idealistisch, da sie die politische Macht dem Volk gegeben habe, wodurch sie die bürgerliche Tugend nicht hätte aufrechterhalten können. Andererseits will er eine oligarchische Hegemonie verhindern, weshalb er sich an der Mischverfassung orientiert. Indem er gleichzeitig eine unabhängige Justiz und eine aus dem Parlament gewählte Exekutive fordert, kann man bei Adams eine Gewaltenteilung ausmachen, die auf der Aufteilung und Isolierung von staatlicher Macht basiert.

Diese Klassifikation der englischen Gewaltenteilung als republikanische Mischverfassung haben Whigs wie Adams von Montesquieu als maßgebenden Theoretiker genommen. Gleichwohl ist es in der Forschung umstritten, ob Montesquieus Modell der Gewaltenteilung kongruent ist mit seinem Republikanismus. Bei Montesquieus Schilderung der englischen Verfassung, welches sein Modell der Gewaltenteilung bestimmt, bilden vier Prinzipien den konstitutionellen Rahmen¹¹⁴: die gemischte Verfassung, die

112 Vgl. auch Ryerson: »Like a Hare before the Hunters«, S. 19–25.

113 Zit. Bailyn: *The Ideological Origins of the American Revolution*, S. 76.

114 An dieser Stelle ist ein Exkurs zu Montesquieus Lehre der Gewaltenteilung nötig: um zu ermitteln, ob es eine Übereinstimmung von Gewaltenteilung und Republikanismus gibt und da diese Theorie maßgebend für die weiteren öffentlichen Debatten in Amerika (oder in Frankreich zu Beginn Revolution) ist. Neben der Unterscheidung von Gemeinwesen, in denen Mehrere öffentlich entscheiden (Republik), und der Herrschaft eines Einzelnen, tritt bei Montesquieu die Unterscheidung der Staatsgewalten (*pouvoirs*) nach englischem Vorbild, das er als freiheitlichen Idealtypus stilisiert. Deren konstitutionelle Freiheit einer beschränkten Regierung, deren Mitglieder einander nicht untergeordnet waren, hätte zu persönlicher Sicherheit geführt. (Vgl. Montesquieu: *Œuvre Complètes*, Bd. 2, S. 397). Denn Gesetze sollten die Bürger schützen und die Interessen der Regierung kontrollieren. Die Legislative erlasse neue Gesetze und ändere bestehende Gesetze oder schaffe diese ab, während die Exekutive im Inneren und gegenüber den Nachbarn für Sicherheit Sorge, also die Gesetze ausführt. Um Freiheit zu gewährleisten, müssten beide Gewalten personell und funktional voneinander getrennt sein, damit kein Monarch oder Senat tyrannische Gesetze erlasse und gleichzeitig vollstrecke. Die Exekutive würde der Legislative verantwortlich sein, und das Steuerrecht müsse als wirksame Kontrolle über die Staatskasse bei der Gesetzgebung verbleiben, wodurch die Exekutive dauerhaft von der Legislative abhängig sein. Sogar ein Amtenhebungsverfahren gegen Minister sei ein Garant der politischen Freiheit. Ähnlich der zeitgenössischen englischen Verfassung präferiert Montesquieu einen Bikameralismus. Er schreibt von keiner klassischen Demokratie, sondern von einem parlamentarischen System. Dennoch sieht er die Legislative beim Volk, was er mit der Assoziation von Freiheit und Selbstgesetzgebung legitimiert. Die beiden legislativen Kammern würden sich dadurch unterscheiden, dass sich manche

Unterscheidung der Staatsgewalten, das verfassungspolitische Gleichgewicht und das System der gegenseitigen Kontrolle. Das Prinzip der Mischverfassung ist dabei von der antiken Republik übernommen, sodass die souveräne Macht aus zwei oder drei Verfassungsformen, die in diesem Modell gemeinsam politische Resultate konvergieren, zusammengesetzt ist. Die Gewaltenteilung dagegen ist ein Produkt des 17. und 18. Jahrhunderts und stellt eine Aufteilung politischer Funktionen dar, verteilt auf verschiedene Institutionen. Ideengeschichtlich wirken das klassische und das moderne Unterteilungsprinzip (Mischverfassung und Gewaltenteilung) bei Montesquieu zusammen. Die Gewaltenteilung wird daher in der amerikanischen Rezeption als republikanisches Element interpretiert. Diese Assoziation der Gewaltenteilung mit der Republik kann daher stammen, dass Montesquieu vormoderne, kleine, frugale Tugend-Republiken als nicht mehr bestandsfähig sieht. Meine These ist, dass in der Gewaltenteilung zumindest der demokratische Part minimiert wird, da es sich um verschiedene politische Eliten handelt, die verschiedene Institutionen besetzen, nur dass eine Elitenart am Volk orientiert sei, die andere nicht – nämlich Volks- und Aristokratenrepräsentation. Eine solche Gewaltenteilung eröffnet die politische Macht nicht unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen, sondern teilt die Macht der Eliten untereinander. Denn im klassischen Republikanismus ist eine strikte Teilung der Staatsgewalten im neuzeitlichen Sinne nicht vorgesehen, sondern die Verteilung der politischen Macht an sich an verschiedene Gruppen/Klassen. Aber es bleibt unklar (und kann im Rahmen der vorliegenden Studie nicht beantwortet werden), ob die Gewaltenteilung dem Republikanismus an sich widerspricht.¹¹⁵ Generell widerspricht aber die antike Lehre des Ständekompromisses in der Mischverfassung dem demokratischen Gleichheitsideal. Jedoch kann man aus den republikanischen Elementen Bürgerethik und Humanismus demokratische Züge herauslesen.

Menschen durch Reichtum oder Ehre vom »gemeinen Volk« unterscheiden würden. Für die Freiheit der unterschiedlichen Klassen brauche es unterschiedliche Kammern, damit es innerhalb der Legislative eine Bremse gegen Hegemonialbestrebungen gäbe. (Vgl. Ibid, S. 396-407; Campagna, Norbert: Montesquieu. Eine Einführung, Berlin 2001, S. 128-132/143-165; Goyard-Fabre, Simone: Montesquieu. La Nature, les Lois, la Liberté, Paris 1993, S. 180-194.)

- 115 Eine Verbindung zwischen Mischverfassung und Gewaltenteilung wird vor allem von Alois Riklin behauptet in einer dualistischen Interpretation, da Montesquieu zwar der Machtteilung eine Priorität einräumt, aber dies partiell mit der Mischverfassung verknüpfe (vgl. Riklin, Alois: Machtteilung. Geschichte der Mischverfassung, Darmstadt 2006, S. 269-298.). Paul Rahe dagegen interpretiert Montesquieus englische Verfassung als Gebilde sui generis. Es könne sich nicht um die klassische, kleinstaatliche Republik handeln, da diese (Demokratie oder Aristokratie) nicht automatisch moderate Regierungen, wie die englische, seien und auf politischen Tugenden, statt gegenseitigem Misstrauen fußen würden. (Vgl. Rahe, Paul: Form of Government, Structure, Principles, and Aim, Lanham et al. 2001, S. 80-97; vgl. auch Kondylis, Panajotis: Montesquieu und der Geist der Gesetze, Berlin 1996, S. 75-80.) Simone Zurbuchen bietet einen Ausweg: Ihr zufolge ist das englische System eine gotische Regierung, die gemäßigt verschiedene Gewalten (nicht Staatsformen) verbinde. (Vgl. Montesquieu: Œuvre Complètes, Bd. 2, S. 292-299; Zurbuchen, Simone: Republik oder Monarchie? Montesquieus Theorie der gewaltenteiligen Verfassung Englands, in: Herb, Karlfriedrich/Hidalgo, Oliver (Hg.): Die Natur des Staates. Montesquieu zwischen Macht und Recht, Baden-Baden 2009, S. 79-98).

Auch Adams interpretiert Montesquieus Lehre der Gewaltenteilung als republikanisch. Deshalb verschweigt Adams auch nicht die elitären Strukturen seiner Gewaltenteilung.¹¹⁶ Er interpretiert die *seperation of powers* als Mischung verschiedener Stände oder Klassen. Bei Adams zeigt sich, dass er den demokratischen Teil des Systems als kongruent mit der Wahl und Repräsentation erachtet.¹¹⁷ Die Idee der »repräsentativen Demokratie« erwächst unmittelbar aus der »repräsentativen Republik«. Konträr zu Paine betont Adams aber nicht die evolutionäre Entwicklungslinie von antiker zu moderner Demokratie. Er sieht die *mixed republic* als stabiler an. Diese Gewaltenteilung entspricht ebenso dem Konzept der Volkssouveränität, da diese die Legislative durch das Volk meint.

Robert Shalhope zufolge ist die Opferung individueller Interessen für ein größeres angebliches Gemeinwohl essenziell im Amerika der 1770er, da es für den Republikanismus und die Revolution konditional ist. Daraus bildet sich eine soziale Einheit. Da Republik die Abwesenheit von Aristokratie und Monarchie in ihren reinen Formen meint, folgt aus diesem klassischen Ideal eben nicht, wie das unitäre Band genau aussehen sollte und ob Republik eine Mischverfassung bedeuten müsse.¹¹⁸ Dadurch wird verständlich, dass sich Paine und Adams als Republikaner verstehen. Und daraus folgt, dass Paines unikamerale Republik einerseits demokratischer wirkt als Adams' Gewaltenteilung, indem bei Paine die Legislative in einem parlamentarischen System stärker vom Volk abhängig ist. Adams dagegen will die Macht des Volkes und der Aristokratie limitieren. Andererseits ist Paines Tugendbegriff schon vom Protoliberalismus gefärbt. Denn er akzeptiert 1776 die sozioökonomische Ungleichheit, will diese aber von der Politik trennen, während Adams klassisch-republikanisch die Einkommensklassen oder Stände moderieren und in ihren Kompetenzen beschränken will. Beiden ist jedoch als vermeintlich demokratischer Part das Repräsentationsprinzip inhärent.

Pocock zeigt, dass sich aus dem Fokus von Adams auf den klassischen Republikanismus und Paines Idee einer kommerziellen Republik eine Dialektik, die die Demokratie tangiert, ergibt. Es treffen unterschiedliche Theorien aufeinander: klassisch-politisches und kommerzielles Denken.¹¹⁹ Ein *Homo oeconomicus* ist aber kein politisch-partizipatorisches Wesen, ist eher *bourgeois* als *citoyen*. Und das daraus erwachsende ökonomische Eigeninteresse führt zur Privatisierung statt zur gemeinsamen Öffentlichkeit. Können

116 Vgl. auch Huhnholz, Sebastian: Von republikanischer Mächtebalance zu liberaler Verfassungstrinität? Zur Dementierung des Montesquieuschen Mischverfassungserbes durch die moderne Gewaltenteilungsdoktrin, in: Thiel, Thorsten/Volk, Christian (Hg.): Die Aktualität des Republikanismus (= Staatsverständnisse, Bd. 89), Baden-Baden 2016, S. 45-72, hier: S. 47-49; vgl. auch Lieberman, David: The mixed constitution and the common law, in: Goldie, Mark/Wokler, Robert (Hg.): The Cambridge History of Eighteenth-Century Political Thought, Cambridge 2006, S. 318-347, hier: S. 324-336.

117 Vgl. Adams: The Political Writings, S. 86-91; Pole, J. R.: Political Representation in England and the Origins of the American Republic, London/Melbourne/Toronto 1966, S. 290f.; Wood: The Creation of the American Republic, S. 141f./159-161; Roberts: Athens on Trial, S. 182-185.

118 Vgl. Shalhope: The Roots of Democracy, S. 45-49.

119 Vgl. Pocock, John G. A.: Die andere Bürgergesellschaft. Zur Dialektik von Tugend und Korruption (= Edition Pandora, Bd. 12), übersetzt von Blocher, Klaus, Frankfurt/New York 1993, S. 93-96; vgl. auch Appleby: Republicanism and Ideology, S. 470-472.

politische Funktionen maßgeblich nur von Zwischenmännern (Repräsentanten) übernommen werden, so ist die Gefahr der Korruption der Amtsinhaber umso höher. Insofern wurde der Republikanismus in der Amerikanischen Revolution – das Eigeninteresse und die Bürgertugend betreffend – zu einem vagen integrativen Konzept. Nimmt man aber einen Freihandel an, dann ist ein *mixed government* als gegenseitige Kontrolle plausibler – wenn auch weniger egalitär – als ein repräsentativer Unikameralismus, um gegen die Korruption vorzugehen.

3.1.4 Zwischenfazit

Während zu Beginn der Revolution *republic* zunächst ein nichtmonarchisches, repräsentatives System bedeutet, stellen vor allem die Pamphlete von Paine und Adams die Vagheit des Begriffs infrage und bringen einen drastischen antihierarchischen Umbruch. Dabei führt der Wandel von Geschichtsphilosophie zu Naturrecht in eine Dialektik von Tugend und Kommerz, indem der klassische Republikanismus nun von ökonomischen Motiven überzogen wird. Und in den folgenden Monaten werden *democracy* und *republic* von den Whigs weitgehend als Synonyme aufgefasst, wobei Demokratie bedeutet, dass die legislative Macht dem Volk oder von ihm gewählten Personen zukomme. Eine vornehmlich als aristokratisch klassifizierte Republik steht sprachlich zur Disposition, wobei der Wandel von klassischer Republik zu Repräsentativsystem sich durchsetzt, indem zwei verschiedene Formen (direkte und repräsentative Herrschaft) als *popular government* verstanden werden. Indem der Begriff der *Republik* positiv aufgeladen wird, werden demokratische Normen (wie Volkssouveränität und Ämterkontrolle) positiv interpretiert.¹²⁰

Besonders *Common Sense* ist für die Revolution intellektuell sehr bedeutsam, indem dem Unabhängigkeitskrieg so eine emanzipatorische Bedeutung gegeben wird, mit einer demokratischen Sprache, die mit dem Prinzip der Repräsentation als evolutionärer Fortschritt der Demokratie kombiniert wird; wobei Paines Unikameralismus eine der radikalsten Ideen der Revolution darstellt, wodurch *Common Sense* zu einem der erfolgreichsten Pamphlete wird. Teilaspekte der originären Demokratie erhält Paine: etwa die Prinzipien Mehrheitsentscheid, Annuität und Rotation.¹²¹ Unrealistisch ist aber im Vergleich zu Adams, dass Paine soziale Ungleichheiten und deren Einfluss auf das Staatliche ignoriert und in der Spannung zwischen Individualismus und Korporatismus gefangen bleibt, wo der Demos-Begriff doch beides beinhaltet: das Ganze einer Bürgerschaft und den Konflikt der Vielen gegen die Wenigen. Sein Gleichheitspathos und das der *Declaration of Independence* – im Sinne der politischen Irrelevanz sozialer Ungleichheiten – sorgt für einen Durchbruch der demokratisch-egalitären Sprache und für eine Exklusion sozialer Fragen im Staatlichen.¹²² Die Spannung aus individualistischer, negativer Freiheit und gemeinschaftlichen, positiv-freiheitlichen Republikanismus

120 Vgl. Pocock: *The Machiavellian Moment*, S. 545f.; Hanson: »Commons« and »Commonwealth« at the American Founding, S. 171-175; Bonwick, Colin: *The American Revolution*, Houndmills/London 1991, S. 120f./130.

121 Vgl. auch Claeys: Thomas Paine, S. 216; Foner: *Tom Paine's Republic*, S. 201-206.

122 Vgl. Dahl: *On Democracy*, S. 62-64.

mus wurde, so Andreas Kalyvas und Ira Katznelson, nicht als Gegensatz aufgefasst. Stattdessen wurde der Republikanismus um den ökonomischen Protoliberalismus angereichert, um eine stabile Republik als *free government* zu konzipieren.¹²³ Gleichwohl birgt diese Synthese einen Widerspruch. Adams lässt sich im klassischen Republikanismus und Paine zwischen modernem Republikanismus und Frühliberalismus lokalisieren. Dadurch werden die klassischen Demokratieprinzipien durch moderne Ideen und die negative Freiheit sukzessive unterminiert.

Weniger demokratisch ist *Thoughts on Government*. Dessen Gewaltenteilung hat sich als orthodoxe Position des amerikanischen politischen Denkens durchgesetzt und zeigt ein pessimistisches Misstrauen – gegen die demokratischen Vielen und die wenigen Wohlhabenden. Adams' Republikanismus ist eine Art Mischverfassung, deren demokratischer Part fälschlich mit der Repräsentation des »einfachen Volkes« gleichgesetzt wird.¹²⁴ Er will Ungleichheiten moderieren und die Republik mit der teilweisen Volkssouveränität (als Teilelement des Bikameralismus und repräsentativ vermittelt) als Grundprinzip kombinieren, ohne dass das Volk direkt partizipieren würde. Bei ihm ergibt sich eine Dichotomie zwischen der Idee, dass die Repräsentation ein Miniaturbild des Volkes ist und dem Anspruch, dass es sich bei den Repräsentanten um eine tugendhafte und intellektuell überlegene Gruppe handeln müsse. Dafür ist bei Paine der Widerspruch zwischen Demokratie/Republik und Repräsentation ostentativer, wenn er die Repräsentation als Fortschritt der Demokratie/Republik denkt, anstatt als ein undemokratisches Phänomen. Die hier als demokratisch titulierte Repräsentation ist eine theoretische Ungenauigkeit, die eine Volkssouveränität unterstellt, ohne dass der *demos* selbst legislativ tätig wäre.

Im politischen Diskurs werden so klassisch-demokratische Werte aufgewertet: Dazu gehören die weitgehend universelle naturrechtliche Freiheit zur gleichen legislativen Partizipation (verstanden als Volkssouveränität), institutionelle Arrangements wie Rotation, Annuität und Iterationsverbot von politischen Ämtern sowie zumindest im Ansatz die Interessenidentität von Herrschern und Beherrschten. Sogar werden diese Normen fundamentaler aufgewertet, als die meisten Zeitgenossen selbst bereit sind durchzuführen. Dennoch sprechen an dieser Stelle wenige Akteure von *democracy*. Zunächst ist vor allem von einer *republic* die Rede. Alternativ verwendet man den Begriff *popular government*. Das plausibilisiert, dass in den 1770ern in Amerika zwar demokratisch anmutende Werte und Termini (wie *liberty* und *equality*) eine breitere gesellschaftliche Anerkennung erhalten, aber zunächst der Demokratiebegriff selbst eher pejorativ gebraucht und daher auch von den Befürwortern einer partizipatorischen Politik gemieden wird – sogar von Paine. Diejenigen, die eine demokratische Republik forcieren, verbinden aber diese Republik mit dem Prinzip der Repräsentation. Die jeweiligen Repräsentationskonzepte unterscheiden sich im sprachlichen Detail und in der Art ihrer Begründung. Diese widersprüchliche Mischung aus Partizipation und Repräsentation unter dem Begriff der *Republik* legt einen konzeptuellen Eklektizismus des amerikanischen politischen Denkens offen. Dieser zeigt sich auf der progressiven Seite bei Paine,

123 Vgl. Kalyvas/Katznelson: *Liberal Beginnings*, S. 115–117; Foner: *Tom Paine and Revolutionary America*, S. 86–89/100f.

124 Vgl. Levin: *The Spectre of Democracy*, S. 89.

insofern er republikanische und demokratische Werte wie eine Bürgerethik protoliberal interpretiert und moderne und klassische Freiheitsrechte kombiniert.¹²⁵ Diese Kombination aus Lockes Individualrecht und dem klassischen Bestreben nach kollektiver Autonomie der Bürgerschaft unter dem Banner des Republikanismus deutet an, wie unterschiedliche Normen in der Aufklärung den Begriff *liberale Demokratie* vorbereiten. Besonders der sprachlich demokratiefreundliche Paine bereitet die Synthese aus *representation* und *democracy* begrifflich unsauber vor, zunächst unter dem Deckmantel der *republic*, in den 1790ern als »repräsentative Demokratie«. Somit hat die *democracy* während der Revolution keinen Durchbruch, aber dieser wird entscheidend vorbereitet.

Darauf, dass *democracy* sich nicht ohne Weiteres auf die Revolution beziehen lässt, hat Cecilia Kenyon hingewiesen. Denn erstens war ein partizipatorisches Bestreben sekundär gegenüber dem Emanzipationsbestreben, und zweitens haben sich noch keine einheitlichen Standards gebildet, die man als klar demokratisch verstehen kann. Zu groß ist die Heterogenität zwischen den Verfassungen der 13 Kolonien.¹²⁶ Der Radikalismus der Whigs kann nicht als identisch mit der Demokratie gesetzt werden, obgleich hier einzuwenden ist, dass es Überschneidungen dessen bei Autoren wie Paine gibt, zumal die Radikalität vieler Whigs in der folgenden Verfassungsdebatte weniger dominant war.

Während der Revolution verfassten viele Staaten eine neue Verfassung, um über den Widerstand gegen eine elitäre Legislative und die als nichtrepublikanisch klassifizierte virtuelle Repräsentation hinwegzukommen. Die Staaten positionierten sich zwischen den Theorien von Paine und Adams. Dabei griffen etwa Pennsylvania, Massachusetts, New Hampshire und 1789 Georgia auf die numerische Repräsentation zurück. Hier sollte die Zahl der Wähler pro Repräsentanten gleich groß sein, wobei häufig nur Steuerzahler als Wähler anerkannt wurden. Jedoch wurden in vielen Staaten die Eigentumsqualifikationen reduziert.¹²⁷ Dies widerspricht freilich dem demokratischen Gleichheitsgebot. New York und New Jersey gingen zum *paper ballot* über. Pennsylvania war in seiner neuen Konstitution besonders an Paines Theorie orientiert, im Sinne einer unikameralen *pure republic*, unter der Doktrin der Volkssouveränität und einer Forcierung einer angeblich gemeinwohlorientierten Politik. Fast überall wurden die exekutiven Kompetenzen beschränkt. Pennsylvania war radikaler und schaffte das Amt des Gouverneurs zugunsten eines zwölfköpfigen Rates ab, wodurch in der Exekutive die demokratisch-republikanischen Prinzipien Rotation, Annuität und Kollegialität sowie der spezifischen limitierten Amtskompetenzen zum Zuge kamen. In den meisten Staaten war die Exekutive nicht mehr zur Gesetzgebung oder Rekrutierung von öffentlichen Ämtern berechtigt, weshalb dem Parlament eine höhere Macht zukam. Im

125 Vgl. Jayne: Jefferson's Declaration of Independence, S. 168f.

126 Vgl. Kenyon: Republicanism and Radicalism in the American Revolution, S. 157-160/179-181. Eine Umdeutung politischer Konzepte ist aber dem revolutionären Kontext zu verdanken, da besonders Paine die Sprache revolutioniert, indem er die republikanische Rhetorik des gesprochenen Worts und der Allgemeinverständlichkeit mit starker emotional-polemischer Färbung etabliert. (Vgl. Hogan/Williams: Republican Charisma and the American Revolution, S. 8-12.)

127 Vgl. Zagarri, Rosemarie: Suffrage and representation, in: Greene, Jack P./Pole, J. R. (Hg.): A Companion to the American Revolution (= Blackwell Companions to American History, Bd. 11), Malden/Oxford/Carlton 2004, S. 661-667, hier: S. 662-665.

Vergleich zu den anderen Staaten wird Pennsylvania oft als radikaldemokratisch klassifiziert, da die Rückkoppelung der Repräsentanten an das Volk und die Realisierung von demokratischen Prinzipien bezüglich politischer Ämter am stärksten konstituiert war. Das politische System war am Volk orientiert, vermittelt durch den elitären Charakter der Repräsentation. Aufgrund einer Besonderheit der Verfassung von Pennsylvania nahm das Parlament dort, so Wood, tatsächlich eine aristokratische Position zum Volk ein, indem jede vom Parlament verabschiedete Gesetzesvorlage vom Volk angenommen oder abgelehnt werden konnte, der *demos* somit selbst legislativ in einem regulierenden Sinne mithandeln war, was die Repräsentation zugunsten des Plebiszits verringerte. Damit hat am ehesten Pennsylvania es geschafft, originär-demokratische Prinzipien auf einen modernisierenden Großstaat zu übertragen, und kann nach klassischen Standards zumindest als Republik anerkannt werden.¹²⁸ Am konservativsten war das bikameral verfasste Maryland mit der höchsten Eigentumsqualifikationen als Zugang zur Senatswahl (1000 Pfund), was circa zehn Prozent der Population vorweisen konnten. Und Virginia sowie Massachusetts wurden von Adams stark beeinflusst, weshalb man – trotz der größeren Prominenz von *Common Sense* – Adams' Pamphlet in der Praxis als erfolgreicher titulieren kann. Auf Bundesebene orientierten sich die Staaten an der Theorie von Adams, indem sie mit den *Articles of Confederation* 1777 eine Konföderation schlossen, die 1781 ratifiziert wurde. Die Einzelstaaten blieben souverän, die intergouvernementale Konföderation diente der gemeinsamen militärischen Verteidigung. Sie wurde durch den 1774 gegründeten *Continental Congress* organisiert – ohne klar davon getrennte Exekutive. Die Abgeordneten wurden von den legislativen Institutionen der Einzelstaaten ernannt, außer in Connecticut und Rhode Island, wo sie durch die Wahl der Bürger bestimmt wurden. Daher waren diese Repräsentanten, gemessen daran, wem sie verantwortlich waren, meist Repräsentanten der Repräsentanten – eine Elite der politischen Elite.¹²⁹ Die Konföderationsartikel institutionalisierten auf intergouvernementaler Ebene kaum Partizipations- und Kontrollrechte der Bevölkerung, die sich dafür ideell durch die *Declaration of Independence* im öffentlichen Raum als Normen manifestierten. Die *Declaration* wurde das Gründungsdokument. Mit der regen Debattenkultur und solchen Dokumenten wurde die Revolution zum kollektiven Akt, der zeitweilig ein Gemeininteresse schuf.¹³⁰ Israel stellt daher fest, dass die Amerikanische Revolution zwischen der moderaten Aufklärung, die Absolutismus, Merkantilismus, Fiskalismus und kirchliche Autorität ablehnt, und der radikalen Aufklärung, die demokratische Werte und universelle Rechte proklamierte, oszillierte.¹³¹

In Bezug auf die Hauptthesen zeigt sich Folgendes: Von Paine wird die *Demokratie*, indem er sie mit der *Republik* synonymisiert, aufgewertet, jedoch implizit in den 1770ern, während er in den 1790ern explizit den Begriff *democracy* positiv verstehen

128 Vgl. Wood: *The Creation of the American Republic*, S. 134-141/359-369/400-402; vgl. auch Buchstein: *Öffentliche und geheime Stimmabgabe*, S. 407-411.

129 Vgl. Pole: *Political Representation in England and the Origins of the American Republic*, S. 271-85/292-295/342f.; Bonwick: *The American Revolution*, S. 133-142.

130 Vgl. Möser, Britta A.: *Politische Autobiographien in der frühen amerikanischen Republik*. Benjamin Franklin, John Adams, Thomas Jefferson und James Monroe (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 14: Angelsächsische Sprache und Literatur, Bd. 329), Frankfurt a.M. et al. 1997, S. 239-244.

131 Vgl. Israel: *The Enlightenment That Failed*, S. 281f.

wird. Insofern liegt zur Zeit der Revolution eine bestenfalls indirekte Aufwertung vor, auch da nur wenige Pamphletisten das Wort *democracy* aufwerten. Adams dagegen zeigt antidemokratische Ressentiments. Er laviert zwischen den *common people* und einer mimetischen Repräsentation durch weise Eliten hin und her. Dabei setzt er der Demokratie (attischen Vorbilds) rhetorisch keine Aristokratie oder Oligarchie entgegen, sondern eine Mischverfassung, die mittels Repräsentation und *separation of powers* funktioniert. Damit lässt sich die erste Hauptthese zur Aufwertung des Demokratiebegriffs in dieser Phase äußerst begrenzt bestätigen. Aber Paines Aufwertung in den 1790ern deutet darauf hin, dass hier erst eine begriffsgeschichtlich-normative Wandlung in Gang gebracht wird.

Was die zweite Hauptthese betrifft, so zeigt sich vor allem bei Paine, dass die Demokratie oder Republik modern umgedeutet wird, durch die evolutive Entwicklung von antiker zu modern-repräsentativer Demokratie/Republik. Fälschlich wird hier eine Synthese aus Repräsentation und Demokratie entworfen. Dies gelingt ihm, indem er demokratische Normen – wie freie und gleiche Partizipation (per Wahlakt), kollektive Autonomie, Bürgerrechte und republikanisch-demokratische Amtsbegrenzungen – anwendet. Damit verwendet er einen vereinfachten Demos-Begriff, der die Gesamtheit der Bürgerschaft meint und dabei alle sozialen Unterschiede politisch nivelliert – per Rechtsgleichheit. Zwar ist der Grad an politischer Gleichheit und Inklusion der Bürger größer als im britischen System. Dem Anspruch der originären Demokratie zufolge bleibt aber die Delegation von Macht undemokratisch, da es ein gleiches und freies Wahlrecht gibt, aber keine freie und gleiche Partizipation, nicht jeder Bürger ein Amt innehaben kann, die Inklusion zu Sachentscheidungen also notwendig reduziert sein muss und die Volksmacht auf die legislative Volkssouveränität beschränkt wird. Adams dagegen verwendet einen beschränkten Demos-Begriff: den der Vielen, die gegen die wenigen Aristokraten stehen. Deren jeweilige Ambitionen gilt es in einer Mischherrschaft zu kontrollieren. Insofern ergibt sich eher aus der Kombination beider Denker der antike Demos-Begriff (Gesamtheit und die Vielen). Während bei Paine nicht klar ist, ob er nur eine mimetische Stellvertretung oder auch Elemente eines imperativen Mandates vorsieht, wählt Adams die erste Variante. Er legt das System von Repräsentation und Gewaltenteilung ebenso undemokratisch aus und nimmt keine Umdeutung des Demokratiebegriffs vor. Insofern sein Anspruch weniger progressiv und egalitär ist, liegt hier weniger stark eine Konversion der *democracy* vor, die weiterhin antik verstanden wird – und die Repräsentation ein modernes Element der *republic* darstellt.¹³²

3.2 Die Ratifizierungsdebatte und die Demokratie: Federalists versus Anti-Federalists

Die bald entstehenden Probleme der mit den *Articles of Confederation* gegründeten United States of America (USA) machten konstitutionelle Änderungen nötig. Denn nach dem gewonnenen Unabhängigkeitskrieg hatte sich vor allem die wirtschaftliche Lage vieler

132 Vgl. Hochgeschwender: Die Amerikanische Revolution, S. 196–208/307–311/317.